Nr. 180 — Jahrgang 12 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Dienstag, den 9. August 1927

# Volkswille

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens



Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29. (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto: P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

## Verfrühter Optimismus

Aus Warschau wird uns geschrieben: Die plötzliche Rückkehr des Gesandten Patek hat in Warschauer Kreisen und darüber hinaus in der ausländischen Presse ein breites Echo gefunden. Besonders die Warschauer Zeitungen, und unter diesen wiederum ganz speziell die der Regierung nahestehenden Blätter, haben im Zusammenhang mit der Reise des Gesandten einen überaus optimistischen Ton hinsichtlich der Besserung der polnisch-russischen Beziehungen angeschlagen und äußerten sich, von nicht minder optimistischen Presseerklärungen Pateks selbst unterstützt, dahin, daß die Verhandlungen, die der Gesandte im Laufe der letzten Zeit mit dem russischen Außenkommissariat geführt hat, nicht nur geeignet seien, den Wojkow-Zwischenfall und seine Folgen aus der Welt zu schaffen, sondern auch den Abschluß des Nonagressionspaktes in nahe Ferne gerückt haben. Demnach soll Patek eindeutige russische Vorschläge in dieser Richtung nach Warschau mitgebracht haben.

Was ist nun an diesen Gerüchten, die durch die immerhin völlig unerwartete Ankunft des Gesandten in Warschau genährt werden, wahr? Wer Patek, der trotz seiner mehr als sechzig Jahre eine überaus rege politische Tätigkeit entwickelt und der sich unter den polnischen Diplomaten durch eine hervorragend initiatorische Gabe ausreichend näher kennt, wird wissen, daß es zu seinem Beschluß, nach Warschau zu kommen, nicht erst besonderer politischer Ereignisse bedurfte, sondern daß es ihm einfach widerstrebte, das Resultat seiner Besprechungen auf dem Wege eines schriftlichen Berichts nach Warschau mitzuteilen. Patek weiß nur zu gut, wie schwerfällig der politische Apparat in Warschau funktioniert, und so zog er es denn vor, sich in den Zug zu setzen und persönlich Bericht zu erstatten. Dazu wird ihn auch die sich wieder verschleppende Krankheit des Außenministers bewogen haben, zu dessen Stellvertreter er, wie es heißt, keine besonders guten Beziehungen unterhalten soll. Im übrigen weiß man nur zu genau, daß auch in außenpolitischen Fragen die Stimme Pilsudskis ausschlaggebend ist, und Pilsudski war es auch, der polnischerseits die Initiative zu der bevorstehenden Beantwortung der letzten russischen Note gegeben hat. So konnten wir uns davon überzeugen, daß die Tatsache, daß Patek bei seiner letzten Moskaureise den Entwurf zu der polnischen Antwort mitbekommen hatte, noch kurz nach seiner Abreise im Außenministerium nicht bekannt war. Dieser Entwurf nun bildete den Gegenstand der vielfachen Unterredungen Pateks mit den Moskauer Außenpolitikern. Man weiß, daß die letzte russische Note wegen des Wojkow-Zwischenfalls in einem ungemein scharfen Ton gehalten war und daß Polen diese Note bisher nicht beantwortet hat. Dadurch war in den diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern eine Art Lücke entstanden, die sich auch in der Nichtbesetzung des nach der Ermordung Wojkows freigewordenen russischen Gesandtenpostens äußerte, und das gespannte Verhältnis dauerte fort. Erst vor vierzehn Tagen hat sich die polnische Regierung entschlossen, die Note zu beantworten und den Konflikt beizulegen. Polen ging dabei sogar noch weiter, um auch nur die Möglichkeit einer weiteren Komplizierung der Lage zu vermeiden, sollte Patek die Antwort vorerst nicht überreichen, sondern, wie wir vorhin sagten, nur deren Entwurf vorlegen, worauf die Note erst nach eingeholtem Einverständnis des russischen Außenkommissariats abgefaßt werden sollte.

Es scheint nunmehr jedenfalls festzustehen, daß dieses Einverständnis erteilt worden ist. Rußland ist mit dem Text der polnischen Antwort zufrieden und es besteht kein Zweifel mehr, daß der Wojkow-Konflikt damit endgültig vor seiner Liquidierung steht.

Anders verhält es sich aber mit dem angeblich vor dem Abschluß stehenden Nonagressionspakt. Noch vor der Ermordung Wojkows, der persönlich für ein gutes Verhältnis zwischen Polen und Rußland eintrat und dessen Tod daher in doppelter Weise einen Rückschlag bedeutet, standen die Verhandlungen, oder richtiger gesagt, die vorbereitenden Schritte zu der Aufnahme der Paktverhandlungen keineswegs so, daß man ihnen ohne weiteres ein positives Ergebnis voraussagen konnte. Nun mag es sein, daß die Beilegung des Wojkow-Konfliktes, der die polnisch-russischen Beziehungen auf das höchste spannte, eine Reaktion zu Folge haben wird, daß die Verhandlungen, die nun wochenlang gehemmt waren, über ihren vorherigen Stand hinausschnellen, daher scheinbar vorschreiten werden. Aber von hier bis zu dem Abschluß des Paktes, den die polnische Presse in so optimistischer Weise in Aussicht stellt, ist noch ein weiter Weg. Nicht nur deshalb, weil die Verhandlungen an und für sich große Schwierigkeiten bieten, sondern hauptsächlich wegen der abweichenden Einstellung beider Teile bezüglich der Form des künftigen Sicherheitsvertrages. Man weiß, daß Polen bestrebt ist, keinen Einzelvertrag mit Rußland abzuschließen, sondern vielmehr einen Kollektivvertrag, den auf der einen Seite Rußland, auf der anderen Seite Polen plus Baltenstaaten unterzeichnen soll. Polen verfolgt dabei zwei Ziele: es wünscht erstens, als mächtiger Faktor in diesem Block gegenüber Rußland seine Vormachtstellung im Osten zu befestigen, ein Plan, den vor Jahren bereits Marschall Foch vergeblich zu realisieren suchte, und zweitens will Polen auf diese Weise vermeiden, bei einem eventuellen Angriff Rußlands auf irgend einen der Nachbarstaaten seine Neutralität bewahren zu müssen, was es schon infolge seiner aus der Völkerbundsmitgliedschaft erwachsenden Pflichten nicht immer wird tun können. Daneben würde Polens Stellung dadurch erheblich geschwächt werden, daß es sich eines Tages allein gegenüber Rußland befinden würde. Rußland hat diesen polnischen Plan schon einmal zurückgewiesen, und es dürfte auch nach der Liquidierung des Wojkow-Konfliktes keine Ursache haben, seinen Entschluß zu ändern. Was Polen anbelangt, so ist es höchst unwahrscheinlich, daß es auf die Verwirklichung dieses Planes endgültig verzichtet habe. Wenn die Verhandlungen, die zum Abschluß des Paktes führen sollen, demnächst aufgenommen werden sollen, wie die polnische Presse es voraussagt, so dürften diese Schwierigkeiten gar bald auftauchen.

Man wird daher gut tun, die bevorstehende Wiederaufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zwischen Polen und Rußland nicht nach dem Muster der polnischen Presse als Anzeichen für einen baldigen Abschluß des Sicherheitspaktes zu nehmen. Von der Wiederherstellung selbst eines freundschaftlich-nachbarlichen Verhältnisses bis zur Unterzeichnung eines so wichtigen Abkommens ist, wie wir vorhin sagten, noch ein weiter Weg.

Th. L.

# Generalstreik in Amerika

## Neue Proteste gegen den amerikanischen Justizmord — Verkehrsstreik in Paris — Kundgebung in Prag — Kein Nachgeben des Gouverneurs

**London.** Das internationale Sacco-Vanzetti-Verteidigungskomitee hat einen Plan veröffentlicht, nach dem am Dienstag, dem Vortag der Hinrichtung Saccos und Vanzettis ein ausgedehnter Generalstreik einsetzen soll. Diesem Plan zufolge droht das Komitee die Schlüsselindustrien in Neuyork City einschließlich der Verkehrsmittel lahmzulegen. Das Komitee erklärt, daß die Mehrheit der Coloradobergarbeiter die Arbeit niederlegen werde. Weiter hat das Komitee allen Arbeitern empfohlen, sich am Dienstag nach Charleston im Massachusets zu begeben, wo Sacco und Vanzetti eingekerkert sind, um dort eine Reihe von Demonstrationen abzuhalten.

Die Neuyorker Polizei hatte Instruktionen erhalten. Eine große Anzahl von Personen ist bereits nach den verschiedenen Polizeistationen gebracht worden, wo sie einem eingehenden Verhör über ihre Personalien und Zugehörigkeit zu irgendwelchen Vereinigungen unterzogen wurden. Einer der Verteidiger Saccos und Vanzettis hat sich nach Dedham begeben, um den Antrag zu stellen, einen neuen Prozeß durchzuführen, da neues Beweismaterial vorläge. Ein anderer Rechtsanwalt der Verteidigten hat Antrag auf Hinausschiebung der Hinrichtung gestellt. Der Antrag ist dem Staatssekretär des Gouverneurs von Boston unterbreitet worden, da der Gouverneur selbst nicht anwesend war.

### Streikankündigung auch in Südamerika

**London.** Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, nehmen auch in Südamerika die Gewalttätigkeiten im Zusammenhang mit der Sacco-Vanzetti-Entscheidung zu. Telegrammen aus Pergamino zufolge, explodierte gestern eine Bombe vor der Automobilagentur Ford, durch die mehrere Fensterscheiben zerstört wurden. In zahlreichen Gegenden Argentiniens sind zahlreiche Versammlungen einberufen worden, in denen zum Boykott nordamerikanischer Waren aufgefordert wird. Die Arbeitergewerkschaft in der Hauptstadt Paraguays hat beschlossen, von Montag ab die Arbeit auf unbestimmte Zeit als Protest gegen die Hinrichtung einzustellen. Aus Montevideo (Uruguay) wird berichtet, daß dort am Dienstag ein Generalstreik beginnen werde.

### Die Sacco- und Vanzetti-Kundgebung in Paris

**Paris.** Soweit bis jetzt bekannt ist, verlief die Sonntag-Kundgebung für Sacco und Vanzetti in Bois de Vincennes ohne Zwischenfall. Dem Zuge, an dem ungefähr 100 000 Personen teilnahmen, schritt die Schwester Vanzettis, Luigia, voraus, die ein Plakat mit der Inschrift trug: „Volk von Frankreich, Dank für das, was Du für meinen Bruder und seinen Genossen im Unglück getan hast“, und: „Volk von Paris, handele weiter, um meinen Bruder und Sacco dem elektrischen Stuhl zu entreißen!“ Um Ausschreitungen und eine Fortpflanzung der Kundgebung nach Paris zu verhüten, wurde ein ungeheures Polizeiaufgebot eingesetzt. Polizeiflugzeuge, die mit drahtlosen Stationen ausgerüstet waren, überflogen den Zug der Manifestanten. Außerdem war eine feldmarschmäßige Infanterieabteilung hinzugezogen worden.

### Zehn Minuten Verkehrsstreik

**Paris.** Nachdem die Regierung Sonnabend jede Kundgebung für Sacco und Vanzetti auf den öffentlichen Plätzen untersagt hat, berief das Verteidigungskomitee eine Massenversammlung in Bois de Vincennes ein. Auf Beschluß der Gewerkschaft der Transportarbeiter stellten heute nachmittag von 3—3,10 sämtliche Straßenbahnen, Verkehrskraftwagen und die Pariser Dampfboote den Verkehr ein. Die kommunistische Gewerkschaft und der Bauarbeiterverband forderten ihre Mitglieder auf, morgen in einen 24stündigen Proteststreik einzutreten. Am Montag werden außerdem in Lyon, Lille und am Dienstag in Brest die Gewerkschaftsmitglieder die Arbeit niederlegen.

### Auch die tschechischen Sozialdemokraten protestieren

**Prag.** Die tschechische sozialdemokratische Partei hat heute an die amerikanische Gesandtschaft in Prag ein Telegramm gerichtet, in dem sie bittet, von der Vollstreckung des Urteils an Sacco und Vanzetti Abstand zu nehmen.

### Kein Grund zur Revision

**New York.** Das vom Gouverneur Fuller eingesetzte beratende Komitee hat, wie aus Boston gemeldet wird, einen Bericht über die nachträgliche Ueberprüfung des Falles Sacco und Vanzetti veröffentlicht. Das Komitee teilt die Ansicht des Gouverneurs und ist der Auffassung, daß den Verurteilten jede Chance im ordentlichen Gerichtsverfahren gegeben war.

## Die Septembertagung des Völkerbundsrats

**Genf.** Die provisorische Tagesordnung der am 1. September unter Vorsitz von Villegas-Chile beginnenden 46. Session des Völkerbundsrates wird vom Völkerbundssekretariat soeben, etwas verspätet und in gekürzter Form, veröffentlicht:

Der Rat wird sich mit dem Tätigkeitsbericht seiner Kommissionen (Wirtschaft, Finanz, Mandate, geistige Zusammenarbeit usw.) befassen. Dann mit dem Bericht der internationalen Konferenz zur Beschaffung einer internationalen Notstandshilfe, die unter dem Präsidium des gewesenen Reichsministers Külz im Juli stattgefunden hat, sowie mit dem Bericht über die Tätigkeit der Dritten Internationalen Verkehrskonferenz, die in der zweiten Hälfte August stattfinden wird. Dann wird sich der Rat mit der entsprechend den Beschlüssen der Weltwirtschaftskonferenz vorzunehmenden Neuorganisation seines Wirtschaftsorganismus zu beschäftigen haben, weiter mit den Versuchen des Norwegers Nansen, die armenische Flüchtlingshilfe am Leben zu erhalten, und schließlich mit den Fragen der Stadt Danzig. Hier kommt zuerst der Bericht des Luftausschusses der Militärkommission in Betracht, der sich bekanntlich im vorigen Monat in sehr zweideutiger Weise über die Frage der Zivilluftfahrt auf dem Danziger Gebiet ausgesprochen hat. Eines der schwierigsten Probleme dürfte der ungarisch-rumänische Optantenstreit werden, der sich seit 1923 hinzieht und im März und Juni dieses Jahres nicht gelöst werden konnte. Endlich kommt die Differenz zwischen der griechischen Regierung und der deutschen Vulkanwerft bezüglich der Erbauung eines von der griechischen Regierung bestellten Kreuzers zur Verhandlung, den Griechenland jetzt unter Berufung auf Artikel 190 und 192 des Versailler Diktats nicht übernehmen will.

## Die deutsche Völkerbundsdelegation

### Wieder mehrere parlamentarische Mitglieder.

Der deutschen Delegation für die im September beginnende Hauptversammlung des Völkerbundes sollen wie im Vorjahr, ebenfalls Parlamentarier angehören. Wie wir erfahren, werden neben den von der Regierung zu entsendenden Delegierten, d. h. außer dem Reichsaußenminister Stresemann, dem Staatssekretär Schubert und dem Ministerialdirektor Gaus die Abgeordneten Hötzsch (Dnat.), Rheinbaben (Vp.), Kaas (Ztr.), Bernstorff (Dem.) und Dr. Breitscheid (Soz.) offiziell Mitglieder der deutschen Delegation sein.

## Gewerkschaften und Krieg

Paris, im August 1927.

Fünf Fragen stehen auf der Tagesordnung des Kongresses der Interparlamentarischen Union, der vom 25. bis 30. August die Parlamentarier aller Länder nach Paris führen wird (darunter 48 deutsche Reichstagsabgeordnete): Europäische Zollverständigung, Abrüstung, das Mandatsystem der Kolonien, die Kodifikation des Völkerrechts und das Verbot des Opiumhandels. Der Reichstagspräsident Genosse Paul Loebe und der frühere Reichskanzler J. Wirth werden der deutschen Delegation angehören.

Von der „Abrüstung" werden also die Parlamentarier Ende des Monats sprechen. „Die Aktion der Arbeiter gegen Krieg und Militarismus" ist das Thema auf dem Internationalen Gewerkschaftskongreß. Das klingt schon ganz anders. Leon Jouhaux war der Berichterstatter. Auf der einen Seite in den Parlamenten ein langsames Vorwärtsstoßen, das vielen starken Hemmungen und Rückschlägen begegnet, und auf der anderen Seite eine organisierte Arbeiterwelt, die genug hat von einem sogenannten „bewaffneten Frieden".

„Es bedarf keiner Rechtfertigung, daß die Arbeiterschaft es als ihre Aufgabe betrachtet, für die Aufrechterhaltung und die Organisierung des Friedens zu wirken oder sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dem Ausbruch neuer Konflikte zu widersetzen", sagte Jouhaux. Sein Vortrag zerfiel in drei Teile:

1. Die Vorbereitung der Abrüstung.
2. Die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit.
3. Aktionsprogramm des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

In der Frage der Vorbereitung der Abrüstung ist Jouhaux Optimist. Er glaubt an eine erfolgreiche Weiterführung der Vorbereitungsarbeiten für die nächste Abrüstungskonferenz des Völkerbundes. „Die nächste?" Die wievielte ist das? Die vorbereitende Abrüstungskonferenz hat bisher ihrer eigenen Vorbereitung soviel Vorbereitungen verursacht, daß die Kriegshetzer längst wieder Triumph aus voller Brust rufen können. Anders erging es allerdings dem Einfluß der Gewerkschaften in der „Gemischten Kommission" des Völkerbundes. wo man über die Regelung des internationalen Handels und über die Waffen- und Munitionsfabrikation sprach. Das Prinzip der internationalen Kontrolle des Handels und der Bekanntgabe des Standes der Rüstungen wurde anerkannt. Dagegen ging man auf die von den Gewerkschaften erhobene Forderung eines Lizenz-Systems nicht ein, und ein absolutes Verbot der privaten Waffenproduktion konnte nicht erzielt werden.

Eine engere internationale Zusammenarbeit vermag den Waffenproduzenten ihre Mordwerkzeuge mehr und mehr aus der Hand zu schlagen. Der Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes ist ein Beginn: Er muß die Grundsätze der Handelsbeziehungen zwischen allen Völkern regeln und den internationalen Arbeitsmarkt verteilen, das heißt die Ein- und Auswanderung regeln.

Das Aktionsprogramm des Internationalen Gewerkschaftsbundes kann auf dieser Basis nur das Gleiche sein wie 1924 auf dem Wiener Kongreß, wo es in einer Resolution hieß: „Der Kongreß erinnert die national und international organisierte Arbeiterklasse an ihre Pflicht, sich dem Krieg entschieden zu widersetzen: durch Stillegung der Waffen- und Munitionsindustrie sowie des Transports von Kriegsmaterial, durch den wirtschaftlichen Boykott und den internationalen Generalstreik." Weiterhin sprach die Resolution von der Notwendigkeit einer unausgesetzten Propaganda für die Beseitigung des Völkerhasses und von der Erziehung der Massen, namentlich der arbeitenden Jugend und der Frauen. Der Pariser Kongreß steht nach wie vor zu diesen Worten. Es hat natürlich seine besondere Bedeutung, daß der französische Gewerkschaftsführer Jouhaux die Resolution des Wiener Kongresses noch einmal hier vortrug, da sie fast Wort für Wort von dem französischen Militärgesetz Paul Boncour abweicht. Bekanntlich hat sich ja auch schon der französische Gewerkschaftsbund einstimmig gegen das Gesetz Paul Boncour gewandt. So hat der jetzige Pariser internationale Gewerkschaftskongreß einen großen Einfluß auf die weiteren Verhandlungen über das Schicksal des Gesetzes Paul Boncour genommen. Kurt Lenz.

## 30 000 Saarbergleute demonstrieren

**Saarbrücken.** Am Montag werden voraussichtlich 30 000 Saarbergleute gegen das Feierschichtensystem und gegen die geplanten Arbeiterentlassungen demonstrieren. Bemerkenswert ist, daß die freien und christlichen Organisationen einheitlich zusammengehen.

# Litauen lehnt eine Verständigung ab

**Kowno.** Auf die in der letzten Zeit immer wieder auftauchenden Gerüchte über bevorstehende Wilnaverhandlungen zwischen Polen und Litauen erfolgt jetzt ein scharfes Dementi seitens der litauischen Regierung.

Das Sprachrohr von Woldemaras, „Lietuvis", erklärt mit der größten Entschiedenheit, daß Professor Herbaczewski, der in Polen weilt, weder beauftragt noch abgesandt sei, um Verhandlungen mit Polen zu führen; seine Propaganda für die polnisch-litauische Verständigung geschehe auf eigene Faust. Die litauische Regierung sei zwar, wie stets betont, bereit, sich mit Polen zu verständigen, aber nur unter der alten Bedingung, daß Polen ausdrücklich auf Wilna verzichte.

Eingeweihten Kreisen war es schon längst klar, daß Herbaczewski mit keiner offiziellen Mission betraut wurde. Die angeblichen polnisch-litauischen Verständigungspläne entstammen nur der Phantasie der polnischen Presse. Professor Herbaczewski ist ursprünglich Pole, aber litauischer Staatsangehöriger. Die litauische Regierung hatte ihm die Reise nach Polen ausdrücklich verweigert, auf seinem Reisepaß stand, wie das Blatt „Lietuvis" meldet, der Vermerk, daß der Paß gültig für den Besuch aller Staaten sei mit Ausnahme Polens. Er müsse damit rechnen, daß ihm die Regierung die Rückkehr nach Litauen untersagt.

Das Organ der litauischen Regierung bringt ferner einen politisch bedeutsamen Bericht über Pilsudskis letzten Wilnabesuch. Danach besuchte Pilsudski nicht seinen Bruder, sondern inspizierte in Begleitung der Generale Burchardt-Burchardski und Dombernacky die polnischen Militärmanöver an der litauischen Grenze. Auch jetzt sollen längs der litauischen Grenze polnische Truppenbewegungen im Gange sein.

## Eine große Rede Pilsudskis

**Warschau. Auf der Tagung der polnischen Legionäre in Kalisch hat Marschall Pilsudski Sonntag abend eine große Rede gehalten, die sich mit der Bedeutung der polnischen Legionisten für die Entstehung Polens, sowie mit der gegenwärtigen Lage Polens befaßte. Wir werden auf den Inhalt noch näher zurückkommen.**

## Die außerordentliche Sejmsession in Frage gestellt?

**Warschau.** In den Kreisen, die oft die Fähigkeit erwiesen haben, das Regierungsgras wachsen zu hören, wird davon gesprochen, daß die Initiative der Abgeordneten und Senatoren bezüglich der Einberufung einer außerordentlichen Session möglicherweise ganz überflüssig sein werde. Nach der Verfassung soll die Budgetsession spätestens im Oktober einberufen werden. Die Regierung denke aber daran — heißt es in den wohlinformierten Kreisen —, die Budgetsession wesentlich früher einzuberufen. Sollte sie ihre Absicht wirklich zur Tat werden lassen und zum Beispiel für September die gewöhnliche Budgetsession einberufen, würde die Einberufung der außerordentlichen Session in Frage gestellt sein. Es wird interessant sein, zu sehen, wie die Regierung es anstellen wird, um ihren Willen durchzusetzen und doch den kleinen Verfassungskonflikt, der hier lauert, zu vermeiden.

## Das Gesetz über Arbeitsinspektion

**Rechte und Pflichten der Arbeitsinspektoren.**

**Warschau.** Sonnabend ist das Dekret des Staatspräsidenten über die Pflichten und Rechte der Arbeitsinspektoren erschienen. Dem Bereich der Arbeitsinspektore unterliegen alle Anstalten und Unternehmen, in denen Lohnarbeit angewendet wird. Die Arbeitsinspektore sind verpflichtet und berechtigt zur Beaufsichtigung der Ausführung der Vorschriften über das Arbeitsrecht, insbesondere der Bestimmungen über den Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeitnehmer, die Arbeitsmöglichkeit, über die Frauenarbeit, die Arbeitervertretungen und zum Schluß der Chalupniki (Heimarbeiter). Außerdem liegt im Bereiche der Arbeitsinspektore die Beaufsichtigung der Sozialversicherung und aller diesbezüglichen Gesetze.

Der Arbeitsinspektor hat das Recht, alle technischen und wirtschaftlichen Maßnahmen eines Unternehmens zu untersuchen, bei vollster Wahrung des Amtsgeheimnisses.

Bei Feststellung von Uebergriffen und Nichtausführung der Anordnungen des Arbeitsinspektors sieht das Gesetz eine Bestrafung der Unternehmer mit einer Geldstrafe von 100 bis 1000 Zloty oder bis zu 6 Wochen Haft vor, im besonderen Falle können beide Strafen angewendet werden. Die oberste Behörde ist das Arbeitsministerium.

Die Tätigkeit der Arbeitsinspektoren ist aus dem Bereiche der Befugnisse des Wojewoden herauseliminiert.

## Moskaus Freude über das Genfer Fiasko

**Moskau.** Der „Krach" der Genfer Marinekonferenz wird von hiesigen politischen Kreisen mit gleicher unverhohlener Freude begrüßt werden, wie das heute morgen schon durch die Zeitungen geschieht. „Iswestija" kleidet ihre Befriedigung in eine reservierte Form und weist darauf hin, daß mit diesem traurigen Ergebnis wochenlanger angestrengter Bemühungen das pazifistisch-demokratische Ideal der Sozialdemokratie Lügen gestraft werde, das seine Hoffnungen auf die Möglichkeit eines Ausgleichs der Interessen der imperialistischen Länder setze. „Prawda" sagt, der „Genfer Krach erschwert die Verständigung zwischen den englischen und amerikanischen Imperialisten; jedoch darf sich unsere Wachsamkeit dadurch nicht einlullen lassen, obgleich diese Raubtiere untereinander kämpfen; können sie doch unser Land als die Quelle weltproletarischer und nationaler Befreiung angreifen. Dies können wir nicht für einen einzigen Augenblick vergessen. Das beschleunigte Tempo der Rüstungen schafft eine außerordentliche Anspannung der internationalen Beziehungen, und diese Atmosphäre vergrößert die Gefahr einer Provokation gegen uns. Wir müssen gleichfalls unsere Verteidigungsbereitschaft vergrößern." Trotz dieser zweifellos zutreffenden Bemerkungen bleibt es richtig, daß, wenn englische Absichten gegen Sowjetrußland bestehen, die ungeklärte Lage Englands gegenüber Amerika seine Aktivität gegenüber der Sowjetunion erschwert.

## Vertrag der J. G. Farbenindustrie mit Standard Oil

**Berlin.** Die seit einiger Zeit zwischen der Standard Oil Compagnie und der J. G. Farbenindustrie A.-G. geführten Verhandlungen haben, wie der deutsche Handelsdienst erfährt, zu dem Abschluß über ein Zusammengehen in den Vereinigten Staaten in bezug auf die Verwertung der beiderseitigen Patente und Erfahrungen auf dem Rohölgebiet geführt. Gleichzeitig hat eine eingehende Erörterung der Zusammenarbeit auf den übrigen gemeinsamen Interessengebieten stattgefunden.

## Schwere Korruption bei der spanischen Marokkoarmee

**Madrid.** Vor dem hiesigen Kriegsgericht hat ein Prozeß gegen 31 Offiziere der Marokkoarmee und zwar 18 Obersten und 13 Hauptleute wegen erheblicher Unregelmäßigkeiten, besonders in den Magazinen von Ceuta und Larrasches ein Ende gefunden. Sämtliche Angeklagte erhielten den schlichten Abschied.

## Neue Reservistenrevolten in Frankreich

**Paris.** Nach der „Humanitee" kam es auf dem Manövergelände von Chalen zu einer Revolte in dem 46. Infanterieregiment, in dem Rufe wie „Nieder mit dem Krieg" laut wurden. Beim Ausrücken wurde die Internationale angestimmt. Als ein aktiver Leutnant die Reservisten zur Rede stellte und mit Kriegsgericht drohte, wurde er mit dem Ruf „Schlagt ihn tot" empfangen.

# Die Bande des Schreckens

**The Terrible People**

von Edgar Wallace

16)

Nach einiger Verzögerung bekam er mit der Beaconsfielder Polizei Verbindung, und dann hörte er, was er erwartet hatte.

„Hier fahren jede Minute durchschnittlich zehn Wagen durch," sagte der Diensthabende. „Können Sie mir eine annähernde Beschreibung des Wagens geben?"

„Geben Sie einem Manne den Auftrag, die Nummern sämtlicher Wagen aufzuschreiben, die in der nächsten Viertelstunde durchfahren," sagte der Wetter.

Er hatte wenig Hoffnung, daß dies zu etwas führen würde. Aller Wahrscheinlichkeit nach war der Wagen schon durch Beaconsfield gekommen, ehe er die Polizei warnen konnte.

Es dunkelte schon, als er Bourne End verließ. Gegen Mitternacht erhielten sämtliche Zeitungen Londons eine Notiz mit dem dringenden Ersuchen, sie im Nachrichtenteil zu veröffentlichen:

„Warnung an entlassene Soldaten.

Im Lande besteht eine Organisation, die arbeitslosen entlassenen Soldaten, besonders guten Schützen, hohe Entlohnung bietet. Die geforderten Dienste sind ungesetzlicher und verbrecherischer Art. Entlassene Soldaten werden vor der Annahme dieser verhängnisvollen Aufträge gewarnt, da ihre Handlungen unvermeidliche Folgen nach sich ziehen, sobald sie die Polizei aufdeckt. Entlassene Soldaten, denen solche Anerbieten gemacht werden, sollen sich sofort mit Inspektor Long, Zimmer 709, Scotland Yard, in Verbindung setzen. Eine Belohnung von 500 Pfund Sterling wird denjenigen gezahlt, deren Information die Verhaftung und Verurteilung solcher Auftraggeber ermöglicht."

Am folgenden Morgen entfaltete Mr. Jackson Crayley die Zeitung, klemmte das Monokel ein und las diese Bekanntmachung. Während des Lesens zupfte er nachdenklich an seinem Schnurrbart. Sein Frühstück ließ er unberührt, stand auf und ging nach seiner schön eingerichteten Bibliothek mit dem Ausblick nach dem Garten, den Nora Sanders so sehr bewundert hatte. Er nahm den Telephonhörer auf, nannte die Nummer, und sofort antwortete eine Stimme.

„Haben Sie schon die Zeitung gelesen?" fragte er. Nachdem er die Antwort vernommen hatte, fuhr er in seiner gedehnten Sprechweise fort: „Wir müssen die Herren vom Militär fallen lassen. Der Wetter wird noch Schwierigkeiten bereiten."

Er horchte, während die Person am anderen Ende sprach, und dann sagte er:

„Ja, ich stimme damit überein — ich denke, nächste Woche. Wir werden sie dann beide zusammen erledigen."

Er ging mit einem Empfinden des Wohlbehagens zurück, denn die Stimme am Telephon kündigte ihm das Schicksal des Wetters Long an.

Auf dem Telephonamt hatte ein Mann von Scotland Yard jedes Wort ihrer Unterhaltung aufgefangen. Aber am Schluß war er nicht gescheiter geworden, denn die Unterhaltung wurde in dänischer Sprache geführt.

10.

Nichts regte Miß Revelstoke auf. Sie besaß eine so unerschütterliche Ruhe, daß sie selbst ein Erdbeben als eine interessante Naturerscheinung auffaßte, und man erzählte sich von ihr, daß sie während eines der schlimmsten Luftangriffe auf London beim Warnungszeichen nicht einmal die feine Näharbeit niederlegte, mit der sie sich gerade beschäftigte.

Sie hörte jetzt mit einer gewissen Spannung der Erzählung des Mädchens zu.

„Aeußerst dramatisch!" sagte sie trocken. „Wirklich, Nora, Sie laufen Gefahr, bekannt zu werden! Wie hieß dieser sonderbare Detektiv?" Als Nora seinen Namen nannte, nickte sie. „Ich erinnere mich, er arbeitete bei der Sheltonsache mit."

Bisher hatte das Mädchen ihre anderen seltsamen Erlebnisse nicht erwähnt, aber nun erzählte sie beinahe alles, was an diesem Nachmittage vorgefallen war.

„Ich hoffe, es ist Ihnen kalt über den Rücken gelaufen, als Sie dieses schreckliche Boot besuchten," sagte Miß Revelstoke grimmig. „Es muß sehr schaurig gewesen sein. Mr. Long interessiert mich etwas. Wir müssen ihn einen Abend zum Essen einladen, aber inzwischen wartet unser Essen, und überdies wird Mr. Henry außer sich vor Ungeduld sein."

Frederick Henry, Rechtsanwalt, der sich auch schriftstellerisch betätigte, aber darin nur Dilettant blieb, war eine jener negativen Größen, die Nora weder anzogen noch abstießen. Er war ein guter Unterhalter, sah gut aus und galt in seinem Beruf als sehr tüchtig. Die Legende, daß seine Bewunderung für Nora Sanders der Grund seiner häufigen Besuche in Colville Gardens sei, erbitterte das Mädchen nicht einmal. Mr. Henry gefiel ihr, weil er eben kein Mißfallen erregen konnte. Er war zu untätig und viel zu nichtssagend, um irgendwelche stärkeren Gefühle zu erwecken.

Eine Viertelstunde später folgte Miß Revelstoke ins Speisezimmer. Henry stand an den leeren Kamin gelehnt, die Hände auf dem Rücken, seine braunen Augen betrachteten den Teppich. Nora schien es, als ob er über irgendein schwerwiegendes Rechtsproblem nachsann.

Augenscheinlich war das der Fall, denn beim Eintritt von Miß Revelstoke erschrak er und entschuldigte sich.

„Ich habe eine recht rätselhafte Sache übertragen erhalten," sagte er, indem er den Stuhl seiner Gastgeberin zurechtrückte, „außerdem handelt es sich um eine sehr grausige Sache! Sie haben von Wallis gehört?"

„Ich habe nicht das Vergnügen gehabt," sagte Miß Revelstoke. „Aber ich muß annehmen, daß er eine berühmte Person ist, denn nur solche werden bei ihrem Zunamen genannt und erkannt."

„‚Berüchtigt' ist ein besserer Ausdruck," sagte Mr. Henry, etwas grimmig, als er sich gesetzt hatte und seine Serviette entfaltete. „Er war der amtliche Henker."

Miß Revelstoke wandte ihren unerschütterlichen Blick auf ihn.

„Wallis lebte in Oldham, und wir sind die Vertreter seines Anwalts," fuhr Henry fort und fügte schnell hinzu: „Wenn Sie gegen dieses unangenehme Thema etwas einzuwenden haben, will ich lieber über Schmetterlinge reden."

Er wandte sich mehr an das Mädchen als an Miß Revelstoke. Sie schüttelte lächelnd den Kopf.

„Er scheint ein ziemlich liederlicher, aber in mancher Beziehung wieder ein sparsamer Mensch gewesen zu sein. Er hatte Grundbesitz in London — drei kleine Häuser in Bermondsly, und bis zu seinem Tode wußte niemand, daß er verheiratet war. Wenigstens wußte man nicht, daß er zum zweiten Mal geheiratet und dabei die Formalität, sich von seiner ersten Frau scheiden zu lassen, vergessen hatte. Er hinterließ kein Testament, und jetzt scheint sich ein Rechtsstreit zu entwickeln."

(Fortsetzung folgt.)

# Polnisch-Schlesien

## Ein ganzes Bündel Hilfe!

Polnischen Blättern zufolge hatte der schlesische Wojewode während seiner Anwesenheit in Warschau eine ganze Reihe Konferenzen mit den zuständigen Instanzen, um für die Wojewodschaft eine wirksame Hilfe herbeizuführen. Wir wollen nicht auf jede Einzelheit eingehen, wie dies lobend die „Polska Zachodnia“ tut, sondern erwähnen nur, daß die Frage der Minderheitsschulen sehr eingehend mit dem Kultusminister besprochen wurde und daß eine Einigung der Standpunkte erzielt worden ist. Wenn auf die Minderheitsschulfragen hingewiesen wird, so stimmt uns das immer sehr bedenklich, zumal ja diese Fragen in der Genfer Konvention geregelt sind und letzthin sind durch Herrn Calonder einige Entscheidungen getroffen worden, die nicht gerade dem Standpunkte der Wojewodschaft entsprechen. Aber wir nehmen nicht an, daß in Warschau schon diese Entscheidungen besprochen worden sind, sondern wohl die künftigen Aufgaben, die mit dem Schulbeginn in Erscheinung treten.

Aber auch der kulturellen Hebung wurde gedacht und so steht es fest, daß die polnische Oper weiter subventioniert wird und ihr Bestand gesichert ist, dann wurde die kommende Tätigkeit des schlesischen Konservators besprochen, ein literarischer Wettbewerb für Schlesien und schließlich Museumsfragen, sowie die Schaffung eines staatlichen Musikinstituts.

Nachdem beim Innenminister auch politische und Personalfragen besprochen wurden, ist zu erwarten, daß wiederum in den Wojewodschaftsämtern einige Aenderungen vor sich gehen werden. In Aussicht genommen sind die Inbetriebsetzung einer Mühle und einer mechanischen Bäckerei, zwecks besserer Versorgung Oberschlesiens, wofür bereits Kredite gesichert sind. Weiter besuchte der Wojewode auch das Arbeitsministerium und hatte bezüglich der sozialen Gesetzgebung Konferenzen zwecks Versorgung der Arbeitslosen für den Winter, aber auch der Flüchtlinge wurde anläßlich der Aussprache gedacht, für die im kommenden Budget ein Betrag von 1 200 000 Zloty vorgesehen sind. Auch wurden Bemühungen gemacht, Kredite für Bauzwecke und Flußregulierungen zu beschaffen, um der Arbeitslosigkeit zu steuern. Schließlich schwebten auch Verhandlungen bezüglich der Agrarreform, die leider in Schlesien nicht vom Flecke kommt. Zuletzt sprach der Wojewode im Außenministerium vor, wo Fragen der Minderheiten behandelt wurden, über deren Ausgang leider nichts näheres gesagt wird.

Wir sehen, daß uns ein ganzes Bündel Hilfe zuteil wird, wenn alle diese hier skizzierten Pläne reifen. Man wird sagen, ein bißchen viel der Fürsorge, die dringend notwendig ist, nur vergesse man nicht, daß manche von ihnen auf die Verwirklichung noch Jahre warten werden, wie man dies am besten an der Siedlungsfrage beziehungsweise Agrarreform ersehen kann. Die schlesische Bevölkerung wird dem Wojewoden sehr dankbar sein, wenn statt der vielen Versprechungen von früher jetzt endlich auch Taten folgen werden. Aber zunächst heißt es abwarten und daran haben wir uns mit der Zeit schon gewöhnt.

X. Y. Z.

---

## Eine Krankenkassendelegation beim Minister Jurkiewicz

Das neue Versicherungsgesetz, das demnächst für ganz Polen eingeführt werden soll, bedroht die schlesischen Betriebskrankenkassen in ihrer Existenz. Das Gesetz versagt diesen Kassen die Anerkennung und verpflichtet alle Arbeitenden. den Kreiskrankenkassen beizutreten. Es ist daher einleuchtend, daß sich die schlesischen Betriebskrankenkassen aus Leibeskräften gegen die drohende Gefahr zur Wehr setzen. Sie haben bereits am 11. Juni eine gemeinsame Konferenz in Kattowitz abgehalten und entsprechende Beschlüsse gegen das neue Gesetz gefaßt. Vor einigen Tagen weilte von 28 schlesischen Betriebskrankenkassen eine Abordnung in Warschau, die dem Minister für Soziales, Jurkiewicz, die Beschlüsse der letzten Konferenz und noch ein besonderes Memorandum vorgelegt hat. Die Abordnung hat den Minister gebeten, die gewerblichen Betriebskrankenkassen weiterhin zu belassen und sie höchstens zu denselben Leistungen anzuhalten, die von den künftigen Kreiskrankenkassen gewährt werden. Weiter wurde der Minister ersucht, aus dem Beamtenstande nur jene Personen zum Beitritt in die Krankenkassen zu veranlassen, die nicht in der Lage sind, aus eigenen Mitteln die Heilkosten zu bestreiten.

Im Memorandum wird hervorgehoben, daß nach dem Reichsversicherungsgesetze in allen Betrieben, in welchen mehr als 100 Personen beschäftigt werden, Betriebskrankenkassen errichtet werden können. In Ost-Oberschlesien bestehen 28 solcher Krankenkassen. Diese Krankenkassen haben das Gute an sich, daß sie die Bedürfnisse ihrer Mitglieder genau kennen, auf das Unternehmen entsprechenden Einfluß ausüben und den Versicherten eine entsprechende Vertretung garantieren. Die Mehrzahl dieser Betriebskrankenkassen unterhalten eigene Heilanstalten. Die Verwaltungskosten sind hier sehr minimal und betragen 1.49 Prozent von den Gesamtausgaben. Die Anwendung des neuen Gesetzes wäre zweifellos mit einer Benachteiligung der Versicherten verbunden. Schon der Gesundheitszustand der schlesischen Bevölkerung liefert den Beweis dafür, daß die bisherigen Versicherungsgesetze durchaus am Platze sind. Die Betriebskrankenkassen begrüßen jede Aenderung, die in sozialer Hinsicht einen Fortschritt bedeuten, doch ist das polnische Versicherungsgesetz den schlesischen Verhältnissen nicht angepaßt. Sie bitten den Minister, die kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnisse Schlesiens zu berücksichtigen und die bisherigen Versicherungsgesetze weiterhin belassen zu wollen.

*

Unsere Stellungnahme zu den geplanten sozialen Gesetzesreformen werden wir im Laufe dieser Woche in gesonderten Artikeln bringen.

---

## „Licitacje“ und „Zwangsversteigerungen“.

Es gab schon vor dem Weltkriege Leihämter und auch Fälle, wo einem armen Luder der „Gerichtsonkel“ die Möbel verpfändete und versteigert hatte an andere, die das bezahlen konnten. Das waren aber nur seltene Fälle. Wenn man aber heute an städtischen Gebäuden vorübergeht und auf die Bekanntmachungstafeln blickt, dann sind diese voll beklebt mit einem Zettel „Licitacja“. Auf der anderen Seite, z. B. in der rechtsstehenden Presse, werden wieder die Zwangsversteigerungen der einzelnen Zwangsvollstrecker („Komornik Sądowy“) bekannt gegeben und zwar auf Kosten des Gepfändeten. Die städtischen Leihämter sind mit verpfändeten Sachen überfüllt. Die große Arbeitslosigkeit, die Teuerung, die niedrigen Löhne zwingen einen Arbeiter oder einen minderbezahlten Angestellten seine Sachen zum „Leihamt“ zu tragen, um für die ausgehungerte Familie ein Stückchen Brot zu kaufen. Die im „Leihamt“ von ihm hinterlegten Sachen sind für ihn auch unbedingt notwendig, aber der Hunger ist stärker als alles andere. Das „Leihamt“ gibt dann einen oder mehrere Tage Frist, die Sachen auszulösen, sonst werden diese veräußert. Verläuft diese Frist, dann kommt der Tag der „Licatacja“. Es finden sich immer noch Leute, die kaufen können, namentlich Möbelstücke, die noch nicht zu sehr abgenutzt sind. Diese werden zum großen Teil von den Möbelgeschäften abgekauft, neu poliert resp. aufgefrischt und dann wieder als neue Möbel verkauft, die man verdammt teuer bezahlen muß. So wird in der Sommerzeit so manches ins „Leihamt“ getragen, was man entbehren kann, desgleichen auch im Winter. Wenn man aber die Wintersachen verliert und beim herannahenden neuen Winter kein Geld hat, um neues zu kaufen, dann erst merkt man den Verlust, und dieser ist in den Proletarierfamilien sehr schmerzhaft.

Nun ist der Grund zu diesem Schritt nicht weit zu suchen. Not und Elend, Arbeitslosigkeit und Wohnungsmangel, sind heut die Begleiter des armen werktätigen Volkes. Von der Beendigung des Weltkrieges an bis heute müssen wir Oberschlesier sagen, daß unsere Arbeiterschaft mit Riesenschritten einer gänzlichen Verarmung entgegengeschritten ist. Viel und eine große Schuld tragen diejenigen, die nur ihr eigenes Interesse im Auge behalten und alle Verhandlungen zum Abschluß von Handelsverträgen unter den Staaten boykottieren und hemmen. Man spricht heute viel von der Kanzel herab von einer großen Barmherzigkeit, die aber irgendwo versteckt bleibt und sich vor der armen Bevölkerung gar nicht sehen läßt.

Wir haben ja so viel Fälle zu verzeichnen, wenn sich ein armer Mensch an das „Rote Kreuz“ oder an die Armenverwaltung der Stadt um eine Unterstützung wendet, dann erscheinen bald

# Die polnische Sozialgesetzgebung

**Einleitung!**

I.

Fast alle europäischen Staaten haben, mit den wirtschaftlichen Verhältnissen rechnend, ihre soziale Gesetzgebung vornehmlich nach dem Kriege weitestgehend ausbauen müssen. Dieser Ausbau deckte sich hinsichtlich seiner qualitativen Seite vielfach mit den herrschenden sozialen und politischen Anschauungen der betreffenden gesetzgebenden Körperschaften, respektive der Mehrheit des Volkes. Da nun die sozialen Gesetze als ein Teil der gesamten arbeitsrechtlichen Gesetzgebung ausschließlich eine Sache der arbeitenden Volksschichten ist, kam es darauf an, welchen Einfluß die Arbeiter und Angestellten auf diese Dinge hatten, um sie in ihrem Sinne auszugestalten. Die Arbeiter werden stets diejenigen sozialen Gesetze haben, die sie verdienen. Ein Volk mit einer klassenbewußten, fortschrittlichen Arbeiterschaft wird stets das Beste auf diesem Gebiet schaffen. Es ist klar, daß dies in Staaten mit einer schwachen, unbedeutenden Arbeiterbewegung nicht der Fall sein kann.

Die Republik Polen, die in ihren einzelnen Teilgebieten entweder gar keine, oder nur eine schwache, beziehungsweise verschiedenartige Sozialgesetzgebung besitzt, bemüht sich nun seit Jahren, den anderen europäischen Staaten auf diesem Gebiete zu folgen. In den früheren preußischen und österreichischen Teilen besteht noch die Gesetzgebung der früheren Staaten. Die Bestrebungen laufen nun darauf hinaus,

**eine Vereinheitlichung der Sozialgesetzgebung**

zu erreichen. Hiermit soll nicht nur ein praktischer, sondern vor allen Dingen ein politischer Zweck verfolgt werden. Dies wird ganz deutlich in den Begründungen zu den letzten Projekten ausgesprochen. Verständlich ist, daß jeder gesetzgebende Akt auf diesem Gebiete einen Schritt vorwärts zur endlichen politischen Vereinigung der einzelnen Staatsgebiete bedeutet. Hierbei darf natürlich nicht vergessen werden, daß die Eigenarten der einzelnen Gebiete nicht außer acht gelassen werden dürfen. Wenn durch die beabsichtigte Vereinheitlichung etwa eine Benachteiligung des einen oder anderen Teiles dem heutigen Zustand gegenüber eintreten sollte, wäre der beabsichtigte Zweck vollkommen verfehlt. Wir glauben nicht, daß die polnische Regierung eine Benachteiligung beabsichtigt; im übrigen schützt uns Oberschlesier ja in dieser Hinsicht die Genfer Konvention, die einer Verschlechterung der sozialen Gesetzgebung einen Riegel vorschiebt. Wir können also im allgemeinen nicht gegen eine Unifikation sein. Sollte hierdurch sogar eine Verbesserung des augenblicklichen Zustandes erfolgen, so wäre dies im Interesse der arbeitenden Klasse Oberschlesiens nur zu begrüßen.

Für uns muß das Wort „Vereinheitlichung“ aber noch einen anderen Sinn haben. Und zwar den einer tatsächlichen Vereinigung in sachlicher Beziehung. Wir verlangen schon seit jeher nicht nur ein einheitliches Arbeitsrecht, sondern auch eine einheitliche Sozialgesetzgebung.

Von dieser einheitlichen Sozialgesetzgebung sind wir auch nach den neuen vorliegenden Projekten noch weit entfernt. Wir sollen erhalten: ein Gesetz betreffend die Versicherung gegen Krankheit für geistige und physische Arbeiter, sowie für physische Arbeiter gegen Invalidität und für ihre Angehörigen gegen Tod des Versicherten (Kranken- und Invalidenversicherung). Außerdem ein Gesetz betreffend die Versicherung der geistigen Arbeiter für den Fall der Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit, des Alters und der Hinterbliebenen im Todesfalle des Versicherten (Angestelltenversicherungsgesetz). Nebenher würde dann noch das Gesetz über den Arbeitslosenfonds (Arbeitslosenunterstützung für physische Arbeiter) bestehen. Wir sehen also eine Mannigfaltigkeit der Versicherungsarten, die unseres Erachtens nach gebieterisch eine sachliche Vereinigung erfordern. Wir verlangen schon seit jeher ein einziges Gesetz mit einheitlicher Beitragszahlung für alle Wechselfälle des Lebens. Wir sehen doch, wie wenig Uebersicht heute über die einzelnen Versicherungsarten besteht. Sehr wenig Arbeiter und Angestellte finden sich in dem Wirrwarr der verschiedenen Gesetze zurecht. Wechselt ein Arbeiter in den Angestelltenstand über oder umgekehrt, so weiß er nicht, was er mit der vorigen Versicherung machen soll. Er schwebt immer in der Gefahr, da oder dort seine Ansprüche zu verlieren und umsonst jahrelang seine Beiträge gezahlt zu haben. Warum? Weil selbst Fachleute manchmal nicht mit genauer Sicherheit angeben können, was am besten zu machen wäre. Ist es da nicht zweckmäßig, ein solches von uns gefordertes allgemeines Sozialversicherungsgesetz zu schaffen, dem alle Arbeitnehmer, ob Arbeiter oder Angestellte, Berg- oder Hüttenleute, Hausgehilfen oder Seeleute usw. angehören würden? Dieses Gesetz, beziehungsweise die zu schaffenden Institute, kämen dann für alle Fälle auf, die dem Versicherungspflichtigen zustoßen, ganz gleich, ob Krankheit, Unfall, Invalidität, Arbeitslosigkeit usw.

Wir wissen, daß es Regierungsmänner gibt, die auf unserem Standpunkt der allgemeinen, vereinigten Sozialversicherung stehen, leider scheinen sie sich gegen verschiedene Widerstände nicht durchsetzen zu können. Es gibt ja auch unter der Arbeiter- und Angestelltenschaft Kräfte, die gegen eine derartige Vereinheitlichung sind, die aus einem falschen Standesdünkel heraus weiter das Tohuwabohu in der Sozialgesetzgebung bestehen lassen wollen.

Da aber mit der dezentralisierten Sozialgesetzgebung noch bis auf weiteres gerechnet werden muß, ist es Aufgabe der Arbeiterschaft, sich intensiv mit dieser Gesetzgebung zu beschäftigen. Wir dürfen nicht weiter gleichgültig diesen Dingen gegenüberstehen. Manchem Arbeitnehmer ist schon unermeßlicher Schaden aus der Unkenntnis dieser Gesetze entstanden, der niemals mehr gut zu machen war. Was von den geltenden Gesetzen gilt, gilt umsomehr von den neuen Projekten. Es gilt zu diesen Projekten Stellung zu nehmen und eventuelle Verbesserungsvorschläge zu machen. Dies ist um so notwendiger, als diese Gesetze nicht auf dem bisher üblichen parlamentarischen Wege herauskommen sollen, sondern sie sollen durch den Staatspräsidenten auf dem Wege des Dekrets erlassen werden. Es wäre nun verfehlt, bei diesem Modus der Arbeiterschaft jeglichen Einfluß auf den Gang der Geschicke absprechen zu wollen. Gewiß könnte durch die parlamentarischen Vertreter ein größerer Einfluß ausgeübt werden. Trotzdem ist durch die berufenen Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten ein gewisser Einfluß gesichert. Die Arbeitnehmer dürfen nur nicht teilnahmslos die Dinge an sich herankommen lassen, sondern müssen sich aktiv an der Bearbeitung der neuen Projekte beteiligen. Die Erfahrungen der letzten Jahre müssen verwertet, neues hinzugesetzt werden, um wirklich etwas Ideales zu schaffen. Es soll die Aufgabe einiger nachfolgender Artikel sein, die Arbeitnehmerschaft mit dem Inhalt dieser Projekte bekannt zu machen, damit sie in der Lage ist, unvoreingenommen ihre Stellungnahme einzurichten. Wir werden selbstverständlich von uns aus zu diesen Projekten sagen, was im Interesse unserer Arbeiter zu sagen ist.

(Fortsetzung folgt.)

# Ost-Oberschlesien zahlt immer das Meiste

Der Finanzminister Czechowicz kündigt an, daß er die rückständige Vermögenssteuer für das Jahr 1926 und die bereits fälligen Raten der Vermögenssteuer für 1927 rücksichtslos einziehen werde. Herr Minister Czechowicz ist nicht der erste Finanzminister in Polen, der solche Drohungen ausstieß. Bereits sein Vorgänger Grabski hat wiederholt gedroht. Tatsächlich wurde auch der Handel und der kleine Steuerzahler wiederholt gepackt und mußte die Steuerbezahlen. Die Großkapitalisten und insbesondere der Großgrundbesitz haben es immer fertig gebracht, aus der Steuerschlinge zu entschlüpfen. Hauptsächlich die polnischen Ostagrarier sind auf die Vermögenssteuer sehr schlecht zu sprechen, die sie einer Vermögenskonfiskation gleichstellen. Die Ostagrarier wollen also aus prinzipiellen Gründen keine Vermögenssteuer zahlen, obwohl es gerade ihnen am leichtesten fallen dürfte, weil sie nach der Ernte stets über flüssiges Kapital verfügen. Das ist auch die Ursache, daß auf die Vermögenssteuer seit dem Jahre 1921 bis heute insgesamt 311 Millionen Zloty eingelaufen sind. Die Vermögenssteuer, die in drei Jahren 1 Milliarde und 100 Millionen Goldzloty bringen sollte, hat in sechs Jahren 311 Millionen Papierzloty gebracht. Von diesen 311 Millionen Zloty haben ein Drittel die Westwojewodschaften, wie Schlesien, Posen und Pommerellen bezahlt. Im Jahre 1925 sind auf die Vermögenssteuer 58,5 Millionen Zloty in ganz Polen eingelaufen. Davon haben gezahlt: die schlesische Wojewodschaft 10 189 000 Zloty, Posen 6 944 000 Zloty und Pommerellen 2 293 000 Zloty, zusammen 19,5 Millionen Zloty oder ein Drittel. Im Jahre 1926 hat die schlesische Wojewodschaft allein 20 309 000 Zloty auf die Vermögenssteuer eingezahlt. Nachdem im Jahre 1924 unsere Wojewodschaft auf die Vermögenssteuer 16 Millionen Zloty eingezahlt hatte, ergibt das den Betrag von 46 Millionen Zloty, welchen Betrag Ost-Oberschlesien auf die Vermögenssteuer zur Einzahlung brachte. Nachdem aus ganz Polen 311 Millionen Zloty auf diese Steuer bis zum 31. Dezember 1926 eingelaufen sind, haben die Schlesier 15 Prozent der polnischen Vermögenssteuer eingezahlt. Die Ostagrarier wollen eben aus prinzipiellen Gründen keine Vermögenssteuer zahlen, weshalb der Staat sich an die Steuerzahler in den westlichen Gebieten hält und ihnen das meiste aufpelzt.

So ist es nicht nur bei der Vermögenssteuer, sondern bei sämtlichen Steuern. Auf 120 Millionen Zloty Einkommensteuer entfällt in diesem Jahre mehr als 40 Millionen Zloty auf Ost-Oberschlesien, von welchem Betrag in den ersten 6 Monaten bereits die weit größere Hälfte eingezahlt wurde. Die Konsumsteuer, die Schlesien zahlt, dürfte in diesem Jahre 12 Prozent von der Gesamtsteuer in Polen betragen, die Stempelsteuer voraussichtlich gar 16 Prozent der Gesamtsteuer. Die besitzenden Klassen in Polen zahlen nicht nur die Vermögenssteuer, sondern überhaupt alle Steuern prinzipiell nicht, weshalb dann die westlichen Gebiete mit Steuern überlastet werden.

zwei Krankenschwestern in seiner Wohnung oder auch in Begleitung eines Herrn und wollen nachschauen, ob der „arme Teufel“ noch ein Vertikow oder eine Kommode oder andere entbehrliche Sachen in der Wohnung hat. Man gibt ihm dann immer den guten Rat, einige Möbelstücke zu verkaufen und für das Geld Lebensmittel zu kaufen. Das ist ja der beste Rat und der beste Ausweg für solche Dämchen und Herren. Wir sind weit davon entfernt, von einem zukünftigen Kriege zu reden, wir wollen davon das allerwenigste hören und wissen, aber wir wollen nur die „andere Gesellschaft“ fragen, ob sie mit einer ganz verarmten Menschenmasse einem gut situierten Gegner und einer gut gepflegten Arbeiterschaft gegenübertreten kann. — — — Das gesamte Kriegsmaterial macht nicht allein den Sieg. Die Arbeiterschaft wünscht Arbeit, mehr Brot und weniger „Licitationen“.

## Kattowitz und Umgebung

**Meldepflicht der Arbeitgeber.** Das Arbeitsvermittelungsamt in Bogutschütz weist nochmals auf die Verfügung des Wojewoden vom 27. Mai 1926 hin, wonach alle Arbeitgeber verpflichtet sind, eventl. freiwerdende Arbeitsstellen in ihren Betrieben usw. zwecks Zuweisung von geeigneten Arbeitskräften innerhalb 24 Stunden dem zuständigen Arbeitsvermittelungsamt anzugeben. Die Anmeldung bezw. Angabe (Beruf, Alter, Angabe des Schichtlohnes usw.) kann beim obigen Amt, Zimmer 12, telephonisch bezw. schriftlich erfolgen. Kraft der Verfügung des Wojewoden ist das Arbeitsvermittelungsamt ermächtigt, bei solchen Personen, welche bei Freiwerden der Arbeitsstellen nicht durch das Amt vermittelt werden, innerhalb von 14 Tagen ihre Entlassung zu beantragen, damit Arbeitslose beschäftigt werden. Das Arbeitsvermittelungsamt strebt danach, mit dem Arbeitgeber im Kontakt zu stehen, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Durch das obige Amt werden allen denjenigen, von den einzelnen Arbeitsstätten eingeforderten Arbeitslosen sogenannte Personalzettel zugestellt, welche wiederum dem Arbeitgeber zu übermitteln sind. Die „Odpowiedz“ ist mit einem Vermerk an das Amt zurückzustellen.

**Die neuen Kontroll- und Auszahlungstage für Erwerbslose.** Ab 1. August findet die Kontrolle für die Arbeitslosen innerhalb der Großstadt Kattowitz wie folgt statt: Altstadt Kattowitz, Bogutschütz und Zawodzie an jedem Montag in den Vormittagsstunden von 8—12 Uhr beim Arbeitsvermittelungsamt im Rathaus Bogutschütz, Zimmer 11. Die Arbeitslosen von Idaweiche-Brynow dagegen haben sich an jedem Dienstag in der Gemeinde Idaweiche in der Zeit von 8—12 Uhr vormittags und diejenigen Erwerbslosen von Zalenze-Domb an dem gleichen Tage in der Gemeinde Zalenze zu melden. Die Beschäftigungslosen dagegen, welche keine Unterstützung erhalten, müssen, um ihrer Ansprüche wie Arbeitsvermittelung, Krankenkassenbehandlung usw. nicht verlustig zu gehen, zweimal im Monat zur Kontrolle, und zwar bei den einzelnen Aemtern erscheinen. Die Kontrolle findet an jedem darauffolgenden Dienstag nach dem 15. und 1. eines jeden Monats statt. — Die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung für sämtliche Erwerbslose von Altstadt Kattowitz, Bogutschütz-Zawodzie findet nicht wie bisher an jedem Freitag, sondern an jedem Sonnabend in der Zeit von 8—1 Uhr beim Arbeitsvermittelungsamt, Rathaus Bogutschütz, Zimmer 11, statt, während sich die Beschäftigungslosen aus Idaweiche-Brynow, Zalenze-Domb in den einzelnen Gemeinden zwecks Auszahlung melden sollen. Bei Nichtbeachtung der Termine kann die Unterstützung für einen Zeitraum von 10 Tagen durch das obige Amt gesperrt werden.

**Wichtig für die Mannschaften der Reserve.** Durch die Militärbehörden erfolgt laut den geltenden Vorschriften eine strenge Bestrafung aller derjenigen Mannschaften der Reserve, welche sich einen Verstoß durch verspätetes Erscheinen bei der betreffenden Truppenformation oder gar durch Nichterscheinen zur Reserveübung zuschulden kommen lassen. Im letztgenannten Falle erfolgt eine zwangsweise Vorführung und eine Bestrafung laut § 92 nach Artikel 115 der Vorschriften über die allgemeine Wehrpflicht, eventl. sogar ein Strafausmaß wegen Desertion.

**Wichtig für die früheren Arbeitslosen.** Alle diejenigen früheren Erwerbslosen, welche inzwischen eine Beschäftigung gefunden haben und ihre Legitimationskarten (welche vom Arbeitsvermittelungsamt ausgestellt wurden) bisher dem genannten Amt nicht übermittelt haben, sollen diese unverzüglich einsenden. Die fraglichen Karten werden für statistische Zwecke dringend benötigt.

## Königshütte und Umgebung

### Aus der Magistratssitzung

Unter dem Vorsitz des Stadtpräsidenten Spaltenstein wurden in der letzten Magistratssitzung in die verschiedenen Kommissionen und Ausschüsse folgende Magistratsmitglieder gewählt: Deputation für Feuersicherheit: Idzkowski, Kuzella, Sonsalla; Revisionskommission der Stadthauptkasse: Spaltenstein, Krause; Krankenhausdeputation: Grzec, Weis, Boczek; Vorstand der Stadtsparkasse: Spaltenstein, Dubiel; Armendeputation: Grzec, Kuzella, Mros; Finanzdeputation: Spaltenstein, Grzec, Dubiel, Kosterlitz, Plewinski; Stadtausschuß: Spaltenstein, Dubiel, Idzkowski, Weis, Sonsalla; Gebäudesteuerfestsetzungskommission: Spaltenstein, Sonsalla; Kommission für die Wahl der Schöffen und Geschworenen: Dubiel; Vorstand der gewerblichen Fortbildungsschule: Grzec, Boczek; Schlachthauskommission: Dubiel, Plewinski, Mros, Krause; Revisionskommission des Schlachthofes: Idzkowski, Weis; Gesundheitskommission: Grzec, Idzkowski, Kuzella, Boczek, Mros; Markthallenkommission: Idzkowski, Adamek, Kosterlitz, Mros; Markthallenrevisionskommission: Plewinski, Kosterlitz; Revisionskommission für die technische Kasse: Adamek; Verwaltungskommission des städtischen Leihamts: Kuzella, Sonsalla; Kommission für die Gemeindesteuern: Spaltenstein, Idzkowski, Weis; Baudeputation: Spaltenstein, Dubiel, Idzkowski, Boczek, Sonsalla; Kuratorium des städt. Mädchengymnasiums: Grzec, Boczek, Mros; Preisfestsetzungskommission: Adamek, Kuzella; Deputation für das Arbeitslosenamt: Adamek; Schuldeputation: Grzec, Boczek, Mros, Kosterlitz; Verwaltungskommission für kaufmännische Schulen: Grzec, Boczek.

In der Volksschule an der ulica Mickiewicza (Bismarckstraße) befindet sich die Hütten- und Maschinenbauschule der Wojewodschaft Schlesien. Um die Schule für Lehrzwecke der Kinder freizubekommen, will die Stadt für den Bau eines besonderen Gebäudes, der Wojewodschaft einen Bauplatz unentgeltlich zur Verfügung stellen. In Frage kämen die Bauplätze an der ulica Pudlerska (Puddlerstraße) und ulica Lagewnicka (Hohenlinderweg) oder ein Bauplatz an der ulica Urbanowicza (Flurstraße). Letzterer dürfte sich als am geeignetesten gestalten. — An der im Jahre 1929 in Posen stattfindenden Landesausstellung wurde beschlossen, daß sich die Stadt grundsätzlich daran beteiligen wird. Das dazu notwendige Projekt wurde dem Bauamt zur Ausarbeitung überwiesen. — Die Anlegung einer neuen Kühlhalle in der Markthalle wurde der Firma Zielnmiewski in Krakau übertragen. — Als Lehrkräfte wurden angestellt für die städtischen kaufmännischen Schulen für die polnische Sprache Lehrer Wladislaw Zielinski, für das städtische Lyzeum als Lehrer der französischen Sprache die Herren Dobrogniew, Rzepecka und Kazimierz Chodora, sowie als Lehrerin für den polnischen Sprachunterricht Helene Krystinia. — Ferner wurde beschlossen, noch in diesem Jahre die ulica Janasa (Annenstraße) auszubessern.

**Apothekendienst.** Den Nachtdienst in dieser Woche versehen im südlichen Stadtteil die Löwenapotheke an der ulica Wolnosci (Kaiserstraße), im nördlichen Stadtteil die Barbaraapotheke am Plac Mickiewicz (Bismarckring).

**Wer ist der Eigentümer?** Frau Kalinowski von der ulica Ligota Gornicza 19 (Bergfreiheitstraße) fand einen Kinderselbstfahrer und kann daselbst abgeholt werden.

## Myslowitz

**Die Magistratsherren schließen ihre Tür zu.** Es ist bereits ein Jahr um, seit Dr. Radwanski von seinem Posten als Bürgermeister enthoben wurde. Auch der Bürgermeisterstellvertreter, der Justizrat Miarzejewski ist bei der letzten Wahl nicht wiedergewählt worden. Bei der Stimmengleichheit entschied das Los zugunsten des N. P. R.-Kandidaten Kudera, der inzwischen bestätigt wurde und auch bereits die Agenden des Bürgermeisters ausübt. Doch ist Herr Kudera als Bürgermeisterstellvertreter von den Armen nicht zu erreichen. Will ein Armer den Herrn Kudera sprechen, so findet er eine verschlossene Tür. Der Magistratsdiener erklärt jedesmal, daß Herr Kudera nicht zugegen ist, obwohl man ihn in dem Bürgermeisterzimmer sprechen hört. Aber nicht nur der neue Bürgermeisterstellvertreter hat kein williges Ohr für die armen Bürger der Stadt. Der zweite Herr, der von den armen Bürgern nicht zu erreichen ist, ist der Herr Radca Caspari, der gerade die Sozialagenden der Stadt führt. Der Wozny erklärt ganz einfach, daß Herr Radca nicht da ist, obwohl das Personal und die besser situierten Bürger in seinem Büro ein- und ausgehen. Eine solche Amtshandlung ist unzulässig. Erst unlängst hat der Minister des Innern angeordnet, daß unbedingt Stunden einzusetzen sind, in welchen alle Beamten, selbst die höchsten, von jedem zu erreichen sind. Wir glauben gern, daß es nicht angenehm ist, mit einem armen und verärgerten Menschen zu sprechen, aber schlimmer ist es noch, sie überhaupt nicht hereinlassen zu wollen. Das Vorgehen der beiden Herren erweckt um so mehr Erstaunen, als beide Herren den radikalen linksstehenden polnischen Parteirichtungen angehören, die vorgeben, die Interessen der Arbeiter, insbesondere der allerärmsten, wahrnehmen zu wollen. Die Praxis zeigt gerade ganz was anderes, nämlich, daß sie die Klagen der Armen überhaupt nicht hören wollen. Wir bringen diese Zeilen in unserem Blatte auf Wunsch jener, die sich vergebens bemüht haben, in die Nähe der Magistratsgewaltigen gelassen zu werden und sprechen die Hoffnung aus, daß künftighin auch die Armen zu den Herren hereingelassen werden.

**„Ein gerissener Kaufmann.“** Unter dieser Ueberschrift brachten wir am 20. Juli einen Artikel, der sich mit den Praktiken des Herrn Schleifmann beschäftigte. Von der **Giesche Spolka Akcyjna** erhalten wir heut nachstehende Berichtigung:

> „Es entspricht nicht der Wahrheit, daß wir mit dem Kaufmann Schleifmann eine Abmachung des Inhalts getroffen haben, wonach alle auf unseren Werken beschäftigten Arbeiter in unseren Werkkassen Bons erhalten und gegen diese Bons im Warenhaus Schleifmann Ware gegen Kredit beziehen dürfen. Es entspricht ferner auch nicht den Tatsachen, das dann ein Lohnabzug der kreditierten Beträge durch unsere Dienststellen vorgenommen wird.
>
> Tatsache ist vielmehr, daß der Betriebsrat die den Arbeitern von Schleifmann kreditierten Beträge unmittelbar von den Arbeitern einzieht und an Schleifmann abführt.“

*

Daß die Betriebsverwaltung der Gieſches Erben Akt.-Ges. an den Geschäften des Herrn Schleifmann in keiner Form beteiligt ist, erscheint uns denkenswert, ändert aber nichts an der Tatsache, daß sie die Geschäfte Schleifmanns mit den Betriebsräten beziehungsweise der Belegschaft ändert. Unseres Erachtens nach hat der Betriebsrat ganz andere Aufgaben, und wenn die Verwaltung seine Nebengeschäfte duldet, so macht sie sich in anderer Hinsicht durch diese Nachsicht gefügig und das ist es, wogegen wir uns in dem fraglichen Artikel gewendet haben.

## Nikolai und Umgebung

### Der Herr Rosmus ekelt sich!

Am vergangenen Donnerstag fand hier die fällige Gemeindevertretersitzung statt, welche eine Tagesordnung von 13 Punkten aufwies. Während über die ersten sechs Punkte hinweggegangen wurde, entspann sich zu den folgenden Punkten mehr oder weniger eine ziemliche Debatte. Zunächst wurde die Errichtung einer Benzinstation beschlossen, da man auf diese Weise immerhin eine Einnahme erhofft. Auch dem Bau einer öffentlichen Bedürfnisanstalt bei Wymyslanka wurde debattelos zugestimmt und die Arbeiten dem Baumeister Haiduk übertragen. Dagegen erregte man sich schon bei dem Antrag, in Zukunft bei Neubauten Doppelfenster anzubringen, es wurde nämlich befürchtet, daß durch den dadurch erhöhten Mietzins sich weder ein Arbeiter noch ein kleiner Beamter eine derartige Wohnung wird leisten können.

Den Höhepunkt der Sitzung aber bildete ein **Antrag der D. S. A. P. auf Errichtung eines städtischen Badehauses.** Unser Vertreter Schweda begründete diese nur allzu berechtigte Forderung damit, daß bei einer 11 000 Köpfe starken Gemeinde, wovon 2000 Arbeiter sind, schon aus hygienischen Gründen ein Badehaus dringend erforderlich ist, ferner aber, daß der Arbeiterschaft in den hiesigen Fabriken keine Gelegenheit zur Reinigung gegeben ist, von ihrer eigenen Ein-Kammerwohnung gar nicht zu reden. Außer der Arbeiterschaft sind aber auch noch andere Bürger in Nikolai, die sich darüber nur freuen würden. Im übrigen sagt die Feststellung der Aerzte, daß auch der Gesundheitszustand der Schulkinder erheblich schlecht ist, und Reinlichkeit dürfte doch kein zu unterschätzender Faktor sein. So weit die Ausführungen unseres Genossen, die so selbstverständlich sind, daß sich eine Debatte hätte erübrigen können. Dem war aber nicht so.

Der Vorsitzende der Gemeindevertreter, der Geistliche Rosmus, dessen Name unseren Lesern recht wohl bekannt sein dürfte, teilte nun die Ansicht des Antragstellers ganz und gar nicht, sondern erlaubte sich folgende Bemerkung: „Glauben Sie, Panie Schweda, daß sich **unsere Beamten mit den schwarzen verlausten Bergleuten oder ich mich selbst mit den verlausten Arbeitslosen in einem Badehause waschen können?“**

Das ist doch ein bißchen zu viel des Guten. Und der Herr Rosmus hat wohl im Augenblick nicht gewußt, was er ausspricht; denn daß gerade ein ehemaliger Diener des Herrn seine allerbesten Schäflein so beurteilt, ist nicht göttlich erhebend. Aber von einem Gottesmann kann man nichts mehr verlangen, er hat durch diese Meinung sein christliches Herz offenbart. Nun, die Arbeiterschaft, besonders die schwarzen Verlausten, die ihr Brot etwas mühseliger und ehrlicher verdienen müssen, als der Herr Rosmus zu seinem Vermögen kam, die Arbeiter mögen sich ihres „Freundes“ etwas besser annehmen. Und sie könnten ihm keine „schönere Laus“ in den Pelz setzen, als wenn sie ihm bei den nächsten Wahlen die notwendige Antwort geben! Aber bis dahin ist noch viel Zeit und sie werden sich noch manches „nette“ Kompliment von diesem musterhaften Stadtvater gefallen lassen müssen.

**Börsenkurse vom 8. 8. 1927**
(11 Uhr vorm. unverbindlich)

| | | | |
|---|---|---|---|
| **Warschau** . . . | 1 Dollar | amtlich = | 8 95 zł |
| | | frei = | 8.96 zł |
| **Berlin** . . . . | 100 zł | = | 46.88 Rmk. |
| **Kattowitz** . . . | 100 Rmk. | = | 213.30 zł |
| | 1 Dollar | = | 8.95 zł |
| | 100 zł | = | 46.88 Rmk. |

**Ober-Lazisk.** (Mitgliederversammlung der D. S. A. P.) Am gestrigen Sonntag hielt der Ortsverein Ober-Lazisk seine fällige Monatsversammlung ab, zu welcher sich eine zahlreiche Zuhörerschaft auch aus der Umgegend eingefunden hatte. Genosse Sejmabgeordneter Kowoll hielt ein längeres Referat über die politische Lage Polens und verwies insbesondere auf die Vorbereitungen, die für den kommenden Wahlkampf getroffen werden müssen. Nach einem außenpolitischen Ueberblick schloß Referent seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß es in der Macht der Arbeiterklasse selbst läge, ihr Schicksal zu bessern. Da sich zu den Ausführungen keine Diskussion ergab, berichtet Genosse Braschczok über die Tätigkeit der Gemeindevertreter und verwies auf die Stellungnahme der anderen Parteien, die durch eine Stimmenmehrheit der Schöffen alle unsere Anträge zunichte machen. Nach einer regen Aussprache zu diesem Punkt, wurde die Versammlung geschlossen, nachdem die Anwesenden aufgefordert wurden, den „Volkswille“ zu lesen und für Partei und Gewerkschaft neue Mitglieder zu werben.

## Rybnik und Umgebung

**Ein unverbesserlicher Spitzbube.** Am Lohnungstage, den 31. Juli v. Js., begaben sich einige Arbeiter der Belegschaft Hildebrandgrube in die Werkskantine, um so kurze Zeit im gemütlichen Beisammensein zu verweilen. Gleich darauf drängte sich ein gewisser Paul Noworzni aus Stusonko, Kreis Rybnik, in die Kantine und versuchte unter den versammelten Arbeitskollegen ein Gedränge hervorzurufen. Jeden günstigen Moment nützte N. aus, um evtl. Diebstähle auszuführen. Nachdem der versuchte Taschendiebstahl bei dem Arbeiter August Czibura mißlang, wandte sich N. unbemerkt an den Tisch seines Arbeitskollegen Hubert Duda, um diesen zu bestehlen. N. hatte tags vorher in Erfahrung gebracht, daß sein Tischnachbar die Löhnung für sich und seinen kranken Vater im Betrage von 250 Zloty in Empfang nahm. N. entwendete das Geld und versuchte zu flüchten. Der Fliehende kam jedoch nicht weit, da der Bestohlene, welcher den Verlust seines Geldes noch rechtzeitig bemerkte, mit Hilfe von weiteren Arbeitern diesen stellte, und ihn später der Polizei übergab. Bei dem polizeilichen Verhör will N. den Diebstahl in Not begangen haben, da er, obwohl bei der obigen Grube tätig gewesen, krankheitshalber mehrere Tage der Arbeitsstätte fernbleiben mußte. Weiterhin bemerkte der Häftling, daß der ihm s. Zt. ausgezahlte Lohnbetrag kaum für die Miete ausreichte, vielmehr zur Bestreitung seines Lebensunterhalts. Nach Aussagen seiner Arbeitskollegen wiederum soll N. absichtlich dem Dienst ferngeblieben sein, um, wie es weiter hieß, herumzustrolchen. Gegen Letztgenannten wurde Anzeige erstattet. Letzthin hatte sich N. vor dem hiesigen Schöffengericht in Kattowitz zu verantworten. Aus der gerichtlichen Beweisaufnahme war u. a. zu entnehmen, daß der Angeklagte wegen ähnlichen Delikten bereits mehrere Male vorbestraft gewesen war und erst zwei Tage vor dem fraglichen Prozeß wegen Taschendiebstahls zu einer Gefängnisstrafe von 1½ Jahren verurteilt wurde. Nach einer etwa viertelstündigen Beratung wurde der Beklagte wegen Diebstahl im Rückfalle erneut zu einer Zuchthausstrafe von 8 Monaten bezw. einem Jahr Gefängnis verurteilt.

## Deutsch-Oberschlesien

### Deutscher Rundfunk.

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6

**Allgemeine Tageseinteilung:**

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

**Dienstag, den 9. August 1927.** 15,45—16,30: Kinderstunde. — 16,30—18: Wiener Weisen. Unterhaltungskonzert der Funkkapelle. — 18,50—19,35: Stunde der Technik: „Künstliche Kälte“. — 19,20—19,50: Abt. Kulturgeschichte: Dr. Ernst Boehlich: „Von wunderbaren Ländern“. — 19,35—20,05: Abt. Wirtschaftsgeschichte: Dipl.-Ing. Oskar Bermann: „Die Geschichte großer Vermögen“. — 20,15: Für den Sendebezirk Breslau: Der Rundfunk im Witz und im Urteil der Zeit. — 20,15: Für den Sendebezirk Gleiwitz: Uebertragung aus Stadlers Etablissement in Hindenburg: Volkstümliches Konzert der Kapelle der Preuß. Berginspektion 3, Zaborze. — 22,15: Mitteilungen des Verbandes der Funkfreunde Schlesiens e. V. — 22,30—23,30: Uebertragung aus Gleiwitz: Bunte Stunde.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“, Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

# Gewerkschaft und Partei in Frankreich

Eine Wendung.

Paris, Anfang August.

Hervorgegangen aus dem Anarcho-Syndikalismus, der jeder politischen Betätigung todfeind war und alles Heil für die Arbeiterklasse aus der „action directe“, dem revolutionären Generalstreik und ähnlichen revolutionären Manövern erwartete, war seit der Gründung der französischen Gewerkschaftszentrale das Verhältnis zwischen dieser und der sozialistischen Partei viel eher gespannt, ja feindlich, denn freundschaftlich.

Die Erfahrungen der Kriegsjahre, während welcher der Gewerkschaftsverband, die C. G. T. (Confederation Generale du Travail), sich vorbehaltlos in den Dienst des Krieges gestellt hat, bewogen gar so manchen Gewerkschaftler wie auch so manchen Parteimann zu einer Sinneswandlung. Allmählich entwickelte sich eine Strömung, die einsah, daß eine Verbindung der Gewerkschaften mit der sozialistischen Partei im Interesse der Arbeiterklasse nötig wäre, ja es zeigte sich sogar eine gewisse Neigung, die eigentliche Verfassungsurkunde der französischen Gewerkschaften, die sogenannte Charte von Amiens, in diesem Sinne umzugestalten.

Da kam 1921 die unglückselige Abspaltung der Kommunisten. Dieselben gründeten sofort eine Moskau angeschlossene kommunistische Gewerkschaftszentrale, die sogenannte C. G. T. U. (Confederation Generale du Travaile Unitaire), in engster Verbindung, ja Abhängigkeit von der Kommunistischen Partei.

Nun wurde — ganz selbstverständlich — für die alte Gewerkschaftszentrale die Charte von Amiens, die politische Bindungen ablehnt, ein wichtiges Verteidigungsinstrument gegen die Kommunisten. Man beharrte wieder auf den alten syndikalistischen, antipolitischen Grundsätzen und von einer, wie immer gearteten Verbindung mit der sozialistischen Partei war keine Rede mehr.

Doch seither sind sechs Jahre vergangen, die jedem Beobachter klar zeigten, daß mindestens ebenso schädlich wie die Zweiteilung der Arbeiter, in Sozialisten und Kommunisten, auch die völlige Absonderung der Gewerkschaften von der sozialistischen Partei für die gesamte Arbeiterbewegung und insonderlich für die soziale Gesetzgebung ist.

Aber alle bösen Erfahrungen halfen bisher nicht. Allerdings waren die Gewerkschaften gezwungen — aller Abscheu vor der Politik zum Trotz —, Politik zu machen. Sie taten es aber nicht gemeinsam mit der sozialistischen Partei, sondern auf eigene Faust. Da sie aber keinen eigenen Vertreter im Parlament haben, weil es ihre Verfassungsurkunde nicht zuläßt, bestand diese ganze Politik bisher darin, daß die Führer der Gewerkschaften jeweilig die verschiedenen Regierungsstellen über die Ansichten und Wünsche der Gewerkschaftszentrale unterrichteten und hie und da sogar zu dem gleichen Zwecke auch verschiedene politische Parteien aufsuchten, ohne aber jemals die sozialistische Partei irgendwie zu bevorzugen.

Wenn bei irgendeinem der Gewerkschaftskongresse die Frage nach dem Verhältnis zur sozialistischen Partei aufgeworfen wurde, gab es immer die gleiche Antwort: Wir stehen treu zur „Charte von Amiens“, und damit war auch schon jede weitere Erörterung abgeschnitten.

Anders bei dem Kongreß, der diese Woche hier in Paris stattfand. Es war dies nicht nur der größte aller französischen Gewerkschaftskongresse seit dem Kriege, da nicht weniger als 1953 Gewerkschaften (lokale und Bezirksorganisationen), die 5057 Stimmen repräsentierten, vertreten waren, sondern auch der bedeutsamste, nach der vorherrschenden Stimmung und dem Gange der Verhandlungen zu urteilen.

Gewiß war es bedeutsam, daß diesmal der kommunistische Angriff glänzender zurückgeschlagen wurde denn je bisher. Nicht nur haben die Kommunisten wie gewöhnlich sich mit einem Briefe an den Kongreß gewendet, der die Vereinigung der beiden Gewerkschaftszentralen verlangt, sondern es war ihnen auch gelungen, den Streit nach Innen zu tragen. Eine Amsterdam angeschlossene Eisenbahnergewerkschaft stellte sich neben die Freunde der „Einheit“. Aber vergeblich, die Einheitsfrontler unterlagen schmählich; der Bericht der Zentrale wurde von nicht weniger als 1870 Gewerkschaften, die 4857 Stimmen repräsentierten, zur Kenntnis genommen; dagegen stimmten 57 Gewerkschaften mit 138 Stimmen; 26 Gewerkschaften mit 62 Stimmen enthielten sich der Abstimmung.

Viel bedeutsamer jedoch war, daß der Generalsekretär und Führer der C. G. T., Jouhaux, ganz offen für die sozialistische Partei Stellung nahm. Nachdem während der Verhandlungen Jouhaux heftig angegriffen wurde, weil er zu viel „Politik treibe“, und weil auch die Amsterdamer Internationale in zu enger Verbindung mit der sozialistischen Internationale sei, erklärte er im Verlauf seiner großen Rede: „Ich bin nicht Mitglied der Partei, aber ich bin nicht ihr Gegner. Ich bin nicht für organische Verbindungen zwischen der Partei und uns, und zwar sowohl im Interesse der Partei, wie auch der C. G. T. Allemal aber, das heißt jedesmal wenn es nötig sein wird, habe ich die Absicht, mit der Partei gemeinsam zu handeln für die gemeinsamen Zwecke der Gesamtheit.“

Nur wer die Verhältnisse hier genau kennt, kann die Bedeutung dieser Erklärung würdigen. Daß Jouhaux, so gemeinhin von der „Partei“ sprechen konnte, womit gekennzeichnet war, daß die sozialistische Partei die einzige ist, die für die C. G. T. in Betracht kommt, daß die Erklärung, er werde mit der „Partei“ so oft als nötig zusammenarbeiten, widerspruchslos angehört wurde, ist im Leben des französischen „Syndikalismus“ etwas noch nie Dagewesenes. Damit ist der Zusammenarbeit von Gewerkschaft und Partei der Weg frei gemacht, und ist endlich die eine verhängnisvolle Spaltung in der Arbeiterbewegung überwunden. Hoffentlich wird auch die andre Spaltung bald überwunden sein.

---

# Ozeanflüge, Geschäft und Krieg

Von Arthur Seehof.

Nachdem Amerikanern der Flug über den Ozean gelungen ist, wollen auch jetzt deutsche und englische Flieger es unternehmen, die Weltmeere im Flugzeug zu überqueren. Ist das wirklich nur Sportbegeisterung, Rekordjägerei oder Lust am technischen Spiel? Der Einzelne, der das Unternehmen wagt und gewinnt oder verliert, weiß gewiß nichts oder nur Ungenaues von den Mächten, denen die ganze Ozeanfliegerei nur Mittel zum Zweck: Spekulation, Rechenexempel oder auch — und das nicht zuletzt — Kriegsmanöver ist. Für uns aber muß es mit jedem Tag klarer werden, daß, je weiter die Technik und ganz besonders die Flugtechnik vorwärts schreitet, einem zukünftigen Krieg unerhörte Zerstörungsmittel in die Hand gegeben werden; und für den, der hören will und lesen kann, ist aus der großen ausländischen und speziell amerikanischen Presse, wenn auch nicht ganz eindeutig, so aber immerhin eindeutig genug, zu entnehmen, daß die Leistungen Lindberghs, Chamberlins, Byrds usw. der Kriegstechnik ganz gewaltige Dienste geleistet haben. Ein Land, das über eine starke Luftflotte verfügt, ist heute sehr wohl in der Lage, auch während eines Krieges alle Entfernungen, alles das, was jetzt noch ein Hindernis war, leicht zu überwinden und den Feind an der empfindlichsten Stelle, in seinem Industriezentrum, zu treffen. Aber da nicht nur ein Land, sondern alle großen und kleinen Staaten den Ausbau der Luftflotten sehr energisch betreiben, sehen sich auch alle Staaten gezwungen, für eine brauchbare und starke Verteidigung gegen evtl. Luftangriffe Sorge zu tragen. Und das bedeutet ein geradezu wahnwitziges Wettrüsten, das eines Tages — wir erinnern an 1910 bis 1914 — zur Katastrophe führen muß.

In einem in einem holländischen Blatt erschienenen Aufsatz von Henry Ford „König und Frieden“ erklärt der nordamerikanische Großindustrielle es für selbstverständlich, daß die Vereinigten Staaten den allergrößten Wert auf eine brauchbare Luftflotte legen müssen. Außerdem führt Ford aus, daß die Vereinigten Staaten nur dann eine gute Verteidigung besitzen, wenn sie in der Lage sind, in denkbar kürzester Zeit viele Tausende von Flugzeugen herstellen zu können. Er glaubt oder will die, die alles glauben, glauben machen, ein Krieg sei nur dann zu verhindern, wenn die USA. über die größte Luftflotte und die größte chemische Industrie verfügen.

Es ist ein verflucht gefährliches Spiel, das die entscheidenden Staatsmänner, Bankiers und Industriellen mit dem betreiben, was sie Friedenspolitik nennen. Während z. B. Henry Ford in seinem hier zitierten Aufsatz die übelste Propaganda für die amerikanische Rüstungsindustrie macht, kassiert er auch gleich von der amerikanischen Regierung das Honorar für seine Propagandatätigkeit: die Kleinigkeit von 1 708 967 Dollar. Die hat ihm die amerikanische Regierung natürlich nicht nur geschenkt, sondern sie verlangt dafür die Lieferung von 130 Kriegswasserflugzeugen. Und da wir wissen, daß in den Ford-Betrieben sehr eifrig an dem kleinen „Volks“-Flugzeug konstruiert wird, ist es wohl nicht sehr schwierig zu sagen, daß Ford in seinem Aufsatz nicht nur für die Industrie überhaupt, sondern pro domo spricht. Der Staat ist immer ein sicherer Kunde, wenn es sich um Kapitalisten handelt, denen er etwas schuldig ist.

Auch die Militaristen sind natürlich eifrige Helfer bei den Rüstungsarbeiten der imperialistischen Mächte. Wie ein führender Militärfachmann über das Flugwesen in einem kommenden Krieg denkt, zeigt eine Arbeit im Maiheft der Neuyorker Zeitschrift „The Review of Reviews“. In einem Interview Judson C. Welliver mit Admiral W. S. Sims, dem Oberbefehlshaber der nordamerikanischen Seestreitkräfte in Europa während des Weltkrieges, erklärte der Admiral:

„Im Fall eines neuen Krieges wird es das Beste sein, unsere Schlachtschiffe soweit wie möglich landeinwärts, den Mississippi hinauf zu senden, damit ihnen kein Schaden zugefügt werden kann, und ausschließlich Unterseeboote und Flugzeuge die Verteidigung des Landes übernehmen zu lassen. Das Schlachtschiff ist nicht mehr das Rückgrat der Flotte; es ist weiter nichts als eine Menschenfalle für seine Besatzung. Unterseeboot und Aeroplan haben seiner Herrschaft ein Ende bereitet.“ (Versteht man jetzt, warum die amerikanischen, englischen und japanischen Imperialisten in Genf zusammenkommen, um über die Einschränkung der Kriegsschifftonnage zu debattieren? Die Einschränkung des Kriegsschiffbaues macht eben Mittel frei für die Herstellung der Mordwaffen, die in einem zukünftigen Kriege die entscheidenden sind. Und solche Debatten wagt der Kapitalismus denen, die immer noch nicht alle geworden sind, als Abrüstung vorzusetzen!) „Es gibt keine anderen Verteidigungsmittel gegen die Flugzeuge, als Flugzeuge und Flugzeugabwehrkanonen; den letzteren fällt es aber außerordentlich schwer, ein Ziel in der Luft zu treffen. Die großen Aeroplane jedoch können Bomben im Gewicht von 2000 bis 4000 Pfund mit sich führen. Eine solche, auf das Deck eines Kampfschiffes oder in der Nähe ins Wasser fallende Bombe würde völlig zerstören. Die Zahl der Treffer bei solchen Operationen ist so groß, daß eine Flotte bei einem derartigen Angriff der Vernichtung preisgegeben ist. Eine in der Nähe eines Schiffes ins Wasser fallende Bombe sinkt bis zu einer gewissen Tiefe und explodiert gegen die ungeschützten Teile des Schiffes unterhalb des Panzergürtels. Im letzteren Falle ist sie sogar noch wirksamer, als wenn sie auf dem Deck explodiert wäre.“

Soweit die Kritik des Admirals Sims. Und was empfiehlt er Positives? Das:

„Die Marine der Zukunft sollte besonders viele Flugzeugmutterschiffe haben. Sie können wegen ihrer größeren Schnelligkeit außer Sehweite der feindlichen Schlachtschiffe und Kreuzer bleiben und ihre Aeroplane aussenden, um zu bombardieren.“

So führen die Industriellen und Militaristen und die mit ihnen verbündeten oder sie kommandierenden Bankiers — die wirklichen Führer und Lenker der kapitalistischen Staaten — die Völker einem neuen Morden entgegen.

Mit Wundern der Technik, mit Sport- und Rekordwahnsinn werden die Hirne der Millionen umnebeln, und während die Massen, die Schlachtopfer eines zukünftigen Krieges, den Pionieren der Technik, denen, die Gewagtes zum ersten Male unternahmen, zujubeln, berechnen die „Herren der Welt“ und ihre bezahlten Kulis die Geschäfte und Gewinne, die aus dem neuen Werk zu ziehen sind. Und bei den Berechnungen sehen sie die Konkurrenz, den Feind, und, um auf jeden Fall stärker und mächtiger zu sein als der Feind, um auf jeden Fall in der Lage zu sein, das Geschäft, die Gewinne, den „heiligen Profit“ — auch manchmal Vaterland genannt — verteidigen und vergrößern zu können, wird jede Errungenschaft der Technik, jeder Schritt im Kampf mit der Natur zur Kriegswaffe, zum Mordwerkzeug umgemünzt, und das Rüsten geht weiter, zielbewußt weiter — bis es der Revolution, der sozialistischen Arbeiterschaft und ihren Freunden gelingt, über den Trümmern des imperialistischen Kapitalismus die rote Fahne wirklichen Friedens aufzupflanzen.

---

# 30 Jahre drahtlose Telegraphie

Von Dipl.-Ing. Dr. A. Hamm.

In diesem Sommer sind es gerade 30 Jahre her, daß Guglielmo Marconi, der italienische Ingenieur, die von dem deutschen Physiker Heinrich Hertz geschaffene Anordnung zur Erzeugung elektrischer Wellen dazu verwendete, Signale über eine gewisse Entfernung zu übertragen. Drei Nationen haben zu dem Ergebnis, das damals das größte Aufsehen erregte, mit beigetragen: der Engländer James Clark Maxwell hatte die theoretischen Grundlagen geschaffen, die der Deutsche Hertz dann durch eine Reihe glänzend durchgeführter Experimente bestätigte. In ihnen erblickte Marconi mit dem Blicke des genialen Ingenieurs das Mittel, der Uebertragung von telegraphischen Zeichen durch den Draht eine solche ohne Drahtleitung an die Seite zu setzen, und der Versuch gelang. Slaby schilderte anschaulich, mit welcher Erregung die Teilnehmer an den Versuchen dem Klopfen lauschten, das das Eintreffen der Wellen aus der nur wenige hundert Meter entfernten Sendestation ankündigte, ein schmaler Meeresarm wurde damit überbrückt. Die Neuerungen, die Marconi damals anwendete, waren vor allem die Antenne, ein senkrecht in die Luft hängender Draht, und gewisse Verbesserungen am Kohärer. Mit jenem Tage begann ein Siegeslauf der neuen Technik, wie er seinesgleichen kaum hat, und wer heute drahtlos über den Ozean telegraphiert oder sich an den Darbietungen des Rundfunks freut, denkt wohl nicht so leicht daran, daß die ganze Technik erst 30 Jahre alt ist.

Marconis Anordnung war noch denkbar einfach, er schaltete die Funkenstrecke, die ihm zur Erzeugung der hochfrequenten Schwingungen diente, unmittelbar in die Antenne, die so in ihrer Eigenschwingung erregt wurde. Im folgenden Jahre erfanden gleichzeitig Braun in Straßburg und der Engländer Oliver Lodge das heute unentbehrlichste Requisit der „Drahtlosen“, die Abstimmung durch Einfügung von Kapazitäten und Induktivitäten. Erst damit wurde die Anordnung wirklich leistungsfähig, vor allem konnte die zur Schwingungserzeugung verwendete Energie und damit die Reichweite vervielfacht werden. Als dann Marconi noch das erfand, was wir heute bei unseren Radioempfängern Sekundärschaltung nennen, da war eine gewisse technisch-industrielle Verwendbarkeit der Einrichtung gegeben, und tatsächlich gelang es Marconi bereits im Jahre 1901, mit dieser uns primitiv erscheinenden Anordnung von Poldhu nach Neufundland, das heißt über den Atlantischen Ozean in einer Breite von 2100 Kilometern hinweg zu telegraphieren. Kurz darauf konnte die Reichweite sogar bis auf über 3000 Kilometer gesteigert werden.

Man hatte aber damals zum Abhören der ankommenden Signale noch immer kein anderes Mittel als das im Anfang vorhandene, den Kohärer mit einigen Verbesserungen und Abänderungen, der natürlich ein äußerst primitives Hilfsmittel war. Es wird überraschen, zu hören, wie spät der heute übliche Detektor in die drahtlose Telegraphie eintrat, nämlich erst im Jahre 1906. Auch er wurde, wie übrigens fast alle bedeutenden Fortschritte der drahtlosen Telegraphie, von mehreren Erfindern zu gleicher Zeit entdeckt, nämlich von Braun in Straßburg, dem die grundlegenden deutschen Patente gehörten, und Durwoody, Pickard und anderen in Amerika. Der älteste Kristalldetektor, der auch heute noch teilweise sehr beliebt ist, war der mit Karborundum zusammengesetzte; bald darauf wurde die Verwendung der Pyrite, die außerordentlich beständige Detektoren ergeben, entdeckt. Heute ist die Anzahl der Kombinationen Legion, obwohl die Verwendung von Bleiglanz mit irgendeiner Edelmetallspitze wohl die weitaus beliebteste ist. Vor kurzem wurde in Deutschland der erste wesentliche Fortschritt auf diesem Gebiete seit über 20 Jahren erzielt, als man die Möglichkeit entdeckte, das Detektorkristall aus seinen Grundstoffen auf künstlichem Wege herzustellen, womit gleichzeitig seine Eigenschaften erheblich verbessert wurden.

Noch vor der Erfindung des Detektors wurden indessen zwei Hilfsmittel für die drahtlose Telegraphie erfunden, die erst viel später zur Wirksamkeit kamen, weil die Zeit noch nicht reif für sie war. Dem Dänen Waldemar Poulsen wurde die Verwendung des Lichtbogens zur Erzeugung hochfrequenter Schwingungen patentiert, womit ein Mittel gegeben war, weit größere Schwingungsenergien als bisher zu erzeugen und somit die Reichweite der Telegraphie abermals bedeutend zu vergrößern. Indessen dauerte es fast zehn Jahre, bis der Poulsen-Bogen wirklich angewendet wurde; erst kurz vor dem Kriege wurden die ersten Stationen mit Lichtbogensendern gebaut. Die zweite Erfindung, die eine noch unendlich viel größere Bedeutung als die des Poulsen-Bogens hatte, war die der Röhre, die heute als unentbehrliches Requisit der drahtlosen Telegraphie und Telephonie gelten kann. In Jahre 1904 erhielt der Engländer Fleming das erste Patent darauf, seine Röhre, die lediglich als Detektor dienen sollte, hatte aber nur zwei Elektroden, während die dritte und vielleicht wichtigste, das Gitter, im Jahre 1908 von Lee de Forest hinzugefügt wurde. Freilich hatten diese Röhren alle noch nicht das extrem hohe Vakuum, das heute als unentbehrlich gilt, infolgedessen waren ihre Eigenschaften noch ziemlich unberechenbar; immerhin war die Grundlage gegeben. Es hat aber von Lee de Forests Erfindung ab noch fast ein Jahrzehnt gedauert, ehe die Röhre zu dem universell verwendbaren Instrument geworden ist, das sie heute darstellt, sowohl zur Schwingungserzeugung wie zum Empfang. Dazu trug eine Erfindung bei, die man wohl zu den wichtigsten in der Hochfrequenztechnik rechnen kann, die auch wiederum von mehreren Seiten gleichzeitig gemacht wurde, nämlich die der Rückkoppelung. Sie entstand im Winter 1912/13, und zwar in Amerika und Deutschland, dort von de Forest und Armstrong, hier von Dr. Meißner gemacht. Durch sie wurde es ermöglicht, die Röhre zur Schwingungserzeugung zu veranlassen, so daß sie als Sender von großer Konstanz der Wellenlänge brauchbar war, gleichzeitig wurde damit die denkbar größte Empfindlichkeit des Empfangs erreicht.

Neben diesen grundlegenden Erfindungen treten die zahlreichen Schaltungspatente, an denen die drahtlose Technik von jeher reich war, naturgemäß an Wichtigkeit etwas zurück, aber um sie unerwähnt zu lassen, sind sie doch zu einflußreich, denn es kommt ja nicht allein auf ein erfolgreiches und sauberes Senden, sondern mindestens ebenso sehr auf lautstarken und sauberen Empfang an. Das erste Patent dieser Art war das Marconische, das den von Braun und Lodge erfundenen abgestimmten Kreis auf den Empfänger anwendete, womit die Möglichkeit gegeben war, den Empfänger auf verschiedene Wellenlängen abzustimmen. Diese Erfindung zählt auch heute noch, wie man im Zeitalter des Radio nicht mehr auseinanderzusetzen braucht, zu den allerwichtigsten. Sehr viel später liegen alle die Empfangsschaltungen, die heute eine gewisse Rolle in der Telegraphie und namentlich Telephonie spielen, die als abgestimmte Hochfrequenzverstärkung, Neutrodynschaltung usw. jedem Funkfreunde bekannt sind. Die große Leistungsfähigkeit der drahtlosen Telegraphie namentlich — die Telegraphie kommt mit viel einfacheren Hilfsmitteln aus — ist durch sie erzielt worden, weil sie gestatten, auch ganz schwach ankommende Signale, wenn sie nur überhaupt stärker sind als die atmosphärischen und anderen Störungen, gut hörbar zu machen. Meist sind diese Schaltungen unter englischen Namen bekannt, weil es die Amerikaner sind, die ihnen zur Geltung verholfen haben, aber in fast allen Fällen sind die deutschen Patente älter, nur wurden sie während des Krieges als Geheimpatente erteilt und blieben so unbekannt.

Von den neueren Anwendungen der drahtlosen Telegraphie ist eine der interessantesten zweifellos die der drahtlosen Bildübertragung. Die bisherigen Erfolge sind sehr vielversprechend, obgleich die allgemeine Anwendung, ähnlich der des Rundfunks, noch nicht sichtbar ist. Aber die Uebertragung von Wetterkarten und einzelnen Bildern, d. h. die Anwendung ähnlich der Telegraphie, wird jetzt schon praktisch ausgeführt, und vielleicht wird die diesjährige große Funkausstellung ein brauchbares Bildempfangsgerät bringen. Auf alle Fälle muß man bei der schnellen Entwicklung, die alle Zweige dieser Technik zeigen, stets auf Ueberraschungen gefaßt sein.

# Sportliches

**„Ruch-Bismarckhütte — „Polonia"-Warschau 6:2 (4:0).**

Bei diesem Spiel konnte man wieder den alten Kampfgeist bei Ruch beobachten. Ruch in folgender Aufstellung: Tor: Kremer, Verteidigung: Kutz und Kusch. Lauf: König, Kiolbassa, Badura, Sturm: Schneider, Rebusione, Kacy, Sobotta. Frost. Polonia im Tor: Groß, Verteidigung: Czajkowski, Jagielowski, Lauf: Lokt, Tupalski, Macher, Sturm: Zimowski, Kogut, Hamburger, Alaszewski und Krygier.

In der ersten Halbzeit führt Ruch sehr schöne Angriffe vor. Der Sturm Ruchs spielte diesmal gut zusammen und auch der Orientierungssinn fehlte nicht vor dem gegnerischen Tor. Den Torreigen eröffnet Kacy, das zweite Sobotta, das dritte Kacy und das vierte wieder Sobotta. Mit diesem hohen Vorsprung geht es in die Pause.

In der zweiten Halbzeit fängt Polonia mit doppelter Energie an und wird auch leicht überlegen. Aus dieser Ueberlegenheit fällt auch das erste Tor für die Gäste. Doch langsam aber sicher fallen die Gäste dem von Ruch vorgesetzten Tempo zum Opfer. Kacy schießt das fünfte Tor für Ruch, Tupalski das zweite für Polonia und die Tor-Serie beendet Kacy mit dem sechsten Tor für Ruch. Dem Ende zu kommt Tupalski mit dem Rechtsaußen von Ruch zusammen und verläßt das Spielfeld. Auch der „alte" Kogut verläßt den Platz, da er das Tempo bis zum Schluß nicht aushalten konnte.

Die ganze Elf von Ruch spielte aufopfernd. Hervorzuheben wäre der Mittelstürmer Kacy sowie Rebusione. Schneider als Rechtsaußen war etwas schwach. Im Lauf ragte Kiolbassa hervor, welcher wieder nach langer Zeit die Farben Ruchs vertrat.

Bei Polonia verdient Czajkowski in der Verteidigung ein Lob. Groß im Tor hat etwas zu dieser hohen Niederlage verholfen. Im Lauf war der beste Tupalski, der einzige Spieler Polonias, der nicht schlapp machte. Die Mannschaft Polonias spielte ohne Ambition und das Tempo nicht durchhaltend, welches Ruch ihr diktierte, versuchte sie das Spiel aufzuhalten.

**Freie Turner Kattowitz — T. V. Vorwärts Kattowitz 2 : 4 (2 : 2).**

Am vergangenen Sonntag begegneten sich zu einem Freundschaftsspiel im Handball auf dem Dianaplatz in Kattowitz obige Gegner. Mit 1 : 0 geht der F. T. K. in Führung. Aus einem 16 Meterwurf, der für die Spieler beiderseits sowie für die Zuschauer unbegreiflich war, kam der Ausgleich. Bald darauf geht der F. T. K. wieder in Führung und hält auch diesen Vorsprung bis zur regulären Halbzeitdauer. Aber der Schiedsrichter war so vertieft, daß er drei Minuten über die Zeit spielen ließ, so daß in diese Zeit der Ausgleich für Vorwärts kam. In der zweiten Halbzeit sah der Schiedsrichter nichts. Die Freien Turner existierten für ihn auf dem Platz nicht. Was der so zusammenpfiff, das war allen ein Rätsel. Bei dieser Schiedsrichterei erlaubten sich die Spieler mancherlei und das Spiel fang an, roh auszuarten. Noras, Vorwärts, hieß dieses Flötenmannkapitel. Es ist unbegreiflich, wie zu solchen Spielen parteiische Vereinsschiedsrichter gestellt werden können.

Warszawianka Warschau — 1. F. C. Kattowitz 1 : 2 (1 : 1). Tore für den 1. F. C. erzielten Geisler und Görlitz.

Warta Posen — Legja Warschau 8 : 1.

Wisla Krakau — Justrzenka Krakau 7 : 2 (2 : 0).

Touristen Lodz — L. K. S. Lodz 4 : 2.

Pogon Lemberg — Czarny Lemberg 3 : 0 (1 : 0). Dieses Spiel artete so aus, daß der Schiedsrichter dieses kurz vor Schluß abbrechen mußte. Czarny spielte gegen Ende nur mit 8 Mann.

Städtespiel Kattowitz-Rybnik 6 : 2 (3 : 0).

Myslowitz 06 — 09 Beuthen 0 : 0.

Slowian Bogutschütz — Kresy Königshütte 1 : 3.

Kolejowy Kattowitz — Rosdzin-Schoppinitz 2 : 1 (1 : 1).

Kresy — Zgoda Bielschowitz 1 : 3.

**Endspiel um den Pokal der Skarboferm.**

Naprzod Zalenze — 22 Eichenau 3 : 1.

22 Reserve — Naprzod Reserve 1 : 0.

Leichtathletischer Städtekampf Kattowitz-Königshütte 71 : 57.

---

# Mitteilungen
## des Bundes für Arbeiterbildung

**Königshütte.** Montag, den 8. August, 7½ Uhr abends, findet eine Vorstandssitzung des Bundes für Arbeiterbildung statt.

---

# Versammlungskalender

**Königshütte.** (Arbeiter-Gesangverein „Vorwärts".) Am Freitag, den 12. August, findet im Vereinszimmer um 7½ Uhr abends eine außerordentliche Generalversammlung statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist eines jeden Mitgliedes Pflicht, zu derselben zu erscheinen.

---

# Vermischte Nachrichten

**Die Bestrafung des Mörders einer Ehebrecherin in Aegypten.**

Wie aus Jerusalem berichtet wird, hat die ägyptische Kammer den Bericht der Justizkommission diskutiert, die eine Abänderung des Artikels 201 des ägyptischen Strafgesetzes vorschlug. Nach diesen neuen Vorschlägen soll der Vater, Sohn, Bruder, Onkel oder Gatte straflos ausgehen, der eine Frau tötet, wenn er sie beim Ehebruch ertappt. Bisher war der Ehemann, der seine Frau beim Ehebruch ertappte und tötete, nur zu einer geringen Gefängnisstrafe zu verurteilen. Der neue Gesetzesvorschlag will aber das prinzipielle Recht, eine ehebrecherische Frau zu töten, anerkennen und das Tötungsrecht auch auf andere Verwandte ausdehnen. Die Kammer sprach sich im allgemeinen gegen diesen neuen Antrag aus, da sie in ihm eine reaktionäre Maßnahme zu sehen glaubt und auch befürchtet, daß die neue Vorschrift die Möglichkeit des Mordes gibt, der aus den Motiven geschieht, eine Erbschaft zu gewinnen, indem dann fälschlich Ehebruch als Entschuldigungsgrund angeführt werden kann. Dagegen sprach sich die Kammer im allgemeinen dafür aus, daß die geringe Strafe, die bisher den Ehegatten traf, der die beim Ehebruch ertappte Frau umbrachte, auch auf die anderen männlichen Verwandten ausgedehnt wird.

**Bergbenennung.**

Italienische Faschisten geben bekannt, daß sie den höchsten Gipfel des Montblanc auf italienischem Gebiet demnächst in „Benito Mussolini" umtaufen werden. Wir finden die Idee der Benennung von Bergen nach Staatsmännern und Politikern außerordentlich nachahmenswert und unterbreiten vorläufig folgende Vorschläge zur Umbenennung von Bergen nach führenden deutschen Persönlichkeiten: Meißner (Hessen) Reichspräsident v. Hindenburg; Jungfrau (Berner Oberland) Abg. Gertrud Bäumer; Mythenstein (Schweiz) Großadmiral v. Tirpitz; Nebelhorn (Allgäu) Reichswehrminister Geßler; Faulhorn (Berner Oberland) Transportarbeiter Thälmann; Mönch (Berner Oberland) Kronprinz Wilhelm; Fluchthorn (Rhätikon) Wilhelm der Zweite; Lilienstein (Sächs. Schweiz), Minister a. D. Külz; Katzenbuckel (Odenwald) Hofpr. Vogel, Potsdam; Keilberg (Erzgebirge) Adolf Hitler; Zufallsspitze (Ortler) Sächs. Ministerpräs. Heldt; Rachel (Bayrischer Wald) Wulles Großmutter; Ochsenkopf (Fichtelgebirge) Mehrere Anwärter im Auswärtigen Amt. Weitere Bergbenennungen behält sich vor Mich. v. Lindenhecken.

**Das Drama der Loutraz-Kaserne.**

Vor einiger Zeit wurden Teile des französischen 99. Infanterie-Regiments an die italienische Grenze abkommandiert, um die dortigen Grenzposten zu verstärken. Zu dieser Truppe gehörte auch die Kompanie des Capitaine Podeere, bei der Leutnant Alban stand, ein ausgezeichneter Offizier, der bei seinen Kameraden sehr beliebt war. Er war verheiratet mit Helene Janon de Beauveny, die vor einiger Zeit eine Erbschaft von einer Mill. Franken gemacht hatte, im übrigen aber als ebenso leichtfertig wie reich galt. In dem kleinen Grenzort Modane, wo die Albans eine Wohnung in der Loutraz-Kaserne zugewiesen erhalten hatten, langweilte sich Helene Alban und begann daher eine Liebschaft mit dem hübschen Sergeanten Ponthier, die bei der Frau bald zu einer unheimlichen Leidenschaft ausartete. Sie faßte den Entschluß, ihren Mann beseitigen zu lassen, und bestürmte ihren Liebhaber, diese Tat auszuführen. „Wenn Alban aus dem Wege geräumt ist, bin ich frei, wir können dann an einem anderen Orte glücklich leben!" Einige Zeit lang weigerte sich der Sergeant, auf die Forderung seiner Geliebten einzugehen, aber diese ließ nicht mit Bitten und Drängen nach, und drückte endlich dem nur noch schwach widerstrebenden Manne einen Revolver nebst den dazu gehörigen Patronen in die Hand. Eines Tages begab sich der Sergeant in das Hotel Modern, wo er sich mit einigen Freunden verabredet hatte. Es wurde getrunken und getanzt. Als es dunkel geworden war, benutzte Ponthier die Gelegenheit, um unauffällig zu verschwinden, wobei er sein Käppi und seine Handschuhe auf dem Tische liegen ließ. Er setzte sich auf sein draußen bereitstehendes Fahrrad und fuhr nach der der Loutraz-Kaserne, wo er leise in die Wohnung des Leutnant Alban eintrat. Dieser jedoch hatte das Geräusch gehört, das Ponthier beim Oeffnen der Tür gemacht hatte, umsomehr als ihn seine Frau darauf aufmerksam gemacht hatte. Er erhob sich und ging in das Speisezimmer, wo er sich zu seinem Erstaunen dem Sergeanten Ponthier gegenübersah, der, ohne Wort zu reden, zwei Schüsse auf den Offizier abfeuerte. Obwohl schwer getroffen hatte Alban doch noch die Kraft, sich an das Fenster zu schleppen und um Hilfe zu rufen, bevor er bewußtlos zusammenbrach. Auf den Hilferuf eilten Zivilisten und Soldaten herbei, aber der Täter war bereits verschwunden. Ponthier hatte nach der Tat blitzschnell die Wohnung des Offiziers verlassen und war auf seinem Fahrrad wieder in das Hotel Modern zurückgefahren, wo man seine Abwesenheit noch gar nicht bemerkt hatte. Nachdem er sich noch einige Zeit unterhalten hatte, erhob er sich und fuhr in die Kaserne zurück. Bei der Truppe war aber das Liebesverhältnis zwischen dem Sergeanten und der Leutnantsfrau doch nicht so unbekannt geblieben, als beide angenommen hatten. Der inzwischen benachrichtigte Kommandant ließ Ponthier sofort bei seiner Ankunft in der Kaserne verhaften und hinter Schloß und Riegel setzen. Vier Tage lang verharrte Ponthier in finsterem Brüten und gab auch dem vernehmenden Auditeur keinerlei Antwort auf dessen Fragen. Endlich am fünften Tage legte er ein umfassendes Geständnis ab, in dem er auch seine Geliebte Frau Helene Alban als die Anstifterin der Mordtat bezeichnete. Auch diese gab nach längerem Leugnen angesichts des erdrückenden Beweismaterials ihre Beteiligung an diesem Verbrechen zu. Da nun die bisherige Untersuchung lediglich durch die Militärbehörde geführt worden war, diese jedoch nicht die Berechtigung hatte, Frau Alban zu verhaften, wurde sofort ein diesbezüglicher Antrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt, während die Polizei inzwischen Frau Alban unauffällig beobachtete. Das war auch höchst notwendig, denn am nächsten Morgen wurde die Leutnantsfrau um vier Uhr morgens auf dem Bahnhofe verhaftet, als sie gerade mit dem Frühzuge über die Grenze flüchten wollte.

---